

50 Jahre pro familia
1967 – 2017

AUF DAS LEBEN, DIE LIEBE UND DIE LUST



Verantwortlich:
pro familia Ortsverband Mainz e.V.
Gisela Abts
Quintinsstraße 6
55116 Mainz


Redaktion:
Gisela Hilgefert

Satz und Layout:
EP Knaab, Marburg

Druck:
msi, Marburg

November 2017

Bildnachweis siehe Seite 4



Grußworte	Seite 05
Aufbruch und Wachstum	Seite 18
Meilensteine 1967 – 2017	Seite 18
Rückblick zur Gründung der pro familia	Seite 22
Die „Pillenverteilerstelle“ – Anfangsjahre in Mainz	Seite 25
„Mein Frauenarzt macht das nicht“ – Medizinische Einrichtung 1992 bis heute	Seite 28
Auf das Leben, die Liebe und die Lust – pro familia 2017	Seite 32
Sexuelle Selbstbestimmung für alle – neue Zielgruppen	Seite 37
Contra Häusliche Gewalt – 10 Jahre Täterarbeit in Trier	Seite 37
Roxanne – Prostituiertenberatung in Koblenz	Seite 40
Landau – „Das Love-Mobil kommt“	Seite 44
Liebelle – Sexualberatungsstelle für Menschen mit geistiger Behinderung in Mainz	Seite 46
Trotz Gegenwind – Wir machen weiter!	Seite 50
Gegen die Aufklärung – über »Besorgte Eltern«	Seite 50
No Choice – über Abtreibungsgegner	Seite 55

Bildnachweis:

Titel: Misha / Fotolia

S. 2+3: Pippilotta* / photocase

S. 17: wilma... / photocase

S. 18-21: goodween123 / Fotolia

S. 23: birdys / photocase

S. 26: Sven Hoppe / Fotolia

S. 28: slasnyi / Fotolia

S. 31: WavebreakmediaMicro / Fotolia

S. 33: roostler / Fotolia

S. 35: Matthias Enter / Fotolia

S. 38: VadimGuzhva / Fotolia

S. 40+41: pro familia Koblenz

S. 43: Kaspars Grinvalds / Fotolia

S. 44: pro familia Landau

S. 47: in.betrieb / Werner Feldmann

S. 49: Gisela Hilgefert

S. 50: cw / Fotolia

S. 53: Gerti G. / photocase

S. 56: epd-bild / Christian Ditsch

S. 59: Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung



Sehr geehrte Herren und Damen,
liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,

zum 50-jährigen Bestehen von pro familia in Rheinland-Pfalz begrüße ich Sie sehr herzlich und darf Ihnen zum stolzen Jubiläum meine besten Glückwünsche übermitteln. Das Jubiläum ist eine gute Gelegenheit, auf das Geleistete zurückzublicken und gemeinsam in die Zukunft zu schauen.

Als pro familia 1967 ihre Arbeit begann, stand die westdeutsche Gesellschaft vor einem tief greifenden Umbruch. Wir wissen, wie heftig etwa über den Paragraphen 218 gestritten wurde. pro familia hat sich für die Rechte der Frauen, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und für gesundheitliche Aufklärung stark gemacht. Dass wir heute so offen über selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung sprechen können, ist auch das Verdienst der Gründungsmitglieder von pro familia. Denn der Verband hat die gesellschaftliche Debatte und die Haltung des Staates zu Schwangerschaftsabbrüchen, Homosexualität und der Sexualität von Menschen

mit Behinderung geprägt und mit dafür gesorgt, dass restriktive Gesetze der Vergangenheit angehören.

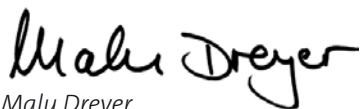
Dafür gebührt pro familia ein großer Dank.

Seit 50 Jahren unterstützt pro familia in Rheinland-Pfalz viele Menschen wirklichkeitsnah und fachlich fundiert in allen Fragen rund um Familie, Kinderwunsch, Partnerschaft und selbstbestimmtes Leben. Der Verband berät Frauen und Paare in zum Teil hoch belasteten Situationen, die existenzielle Entscheidungen fordern. Auch zu Migration und Flucht oder zur Prävention sexualisierter Gewalt finden Frauen und Männer bei pro familia Rat und Hilfe. Zu Recht genießt der Verband deutschlandweit im Bereich Sexualität, Partnerschaft und Familienplanung hohes Ansehen.

Die Landesregierung steht für einen modernen und umfassenden Familienbegriff, der auf dem Prinzip der Verantwortungsgemeinschaft aufbaut – unabhängig von Lebenslagen, Lebensformen, Alter, Geschlecht, Behinderungen, ethnischer Herkunft, Religion oder sexueller Identität. Deshalb unterstützt die Landesregierung ein breites Spektrum an Bera-

tungsangeboten, die bei verschiedenen, auch weltanschaulich unterschiedlichen Trägern angesiedelt sind. pro familia leistet einen unschätzbar wertvollen Beitrag zu dieser Arbeit und ist ein wichtiger Partner für die Landesregierung.

Von dem großen und vielfältigen Engagement der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen konnte ich mich bei meinen persönlichen Besuchen schon oft überzeugen und darf Ihnen allen im Namen der Landesregierung herzlich danken. Ich wünsche Ihnen eine gelungene Jubiläumsfeier und viel Freude!

A handwritten signature in black ink that reads "Malu Dreyer". The script is fluid and cursive, with the first letters of "Malu" and "Dreyer" being capitalized and prominent.

Malu Dreyer

Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

es ist mir ein großes Anliegen, dem Landesverband von pro familia Rheinland-Pfalz zum 50-jährigen Bestehen meine herzlichen Glückwünsche auszusprechen.

pro familia ist als gemeinnütziger Fach-, Dienstleistungs- und Interessenverband konfessionell und parteipolitisch ungebunden. Er trägt dazu bei, die wichtige Pluralität im System der staatlich anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatung zu erhalten und zu festigen. Als Familienministerin ist mir diese Vielfalt besonders wichtig. Die Landesregierung unterstützt ausdrücklich, dass jeder Träger in der Schwangerenberatung und Schwangerenkonfliktberatung die gesetzlich vorgesehenen Beratungsaufgaben mit seinem eigenen Profil und seinem eigenen Selbstverständnis wahrnimmt.

Kernthemen von pro familia waren in den vergangenen 50 Jahren vor allem der Einsatz für eine selbstbestimmte Sexualität, für sexuelle und reproduktive Gesundheit und für Geschlechtergerech-

tigkeit. Daran hat sich bis heute zum Glück nichts geändert.

Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten und unterstützen Frauen, die ungewollt schwanger wurden oder sich mit dem Gedanken eines Schwangerschaftsabbruchs tragen. Sie helfen, eine gewissenhafte Entscheidung zu treffen, immer in der schwierigen Abwägung zwischen dem Recht des Ungeborenen auf Leben und dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung. In solch emotional komplexen Situationen informieren und beraten sie in sozialer, rechtlicher und finanzieller Hinsicht und vermitteln – wenn nötig – in andere Hilfesysteme.

Zum Schutz des ungeborenen Lebens gehören auch die Prävention und die Vermeidung ungewollter Schwangerschaften. Hierzu hat pro familia ein breites Spektrum an Angeboten entwickelt, wie die sexualpädagogische Arbeit mit Mädchen und Jungen, mit Eltern und pädagogischen Fachkräften sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

50 Jahre Arbeit in der Schwangerenberatung heißt auch, sich immer neuen Herausforderungen stellen

zu müssen: Fachliche Herausforderungen, die mit gesetzlichen Änderungen verbunden sind, wie durch das Bundeskinderschutzgesetz oder das Gesetz zum Verfahren der vertraulichen Geburt. Aber auch fachliche Herausforderungen, die sich durch neue Bedarfe entwickeln, wie beispielsweise im Rahmen von Online-Beratungen, bei den Frühen Hilfen oder in den Bereichen Migration und Flucht.

Ganz besonders liegt es mir aber am Herzen, pro familia für das frauenpolitische Engagement der vergangenen Jahre zu danken. Seit der Gründung hat sich der Verband für die Emanzipation der Frau, für sexuelle Selbstbestimmung und für eine freie Entscheidung im Rahmen einer Schwangerschaft eingesetzt. Dieser Einsatz für die Rechte der Frauen ist für mich ebenso wie der Einsatz für gleichgeschlechtliche Ehen, den pro familia zeigt, eine Besonderheit in der Beratungslandschaft, die es ganz besonders zu würdigen gilt.

Ich gratuliere dem Landesverband von pro familia sehr herzlich und wünsche Ihnen für Ihre weitere Arbeit alles Gute und viel Erfolg.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Spiegel', with a stylized flourish at the end.

Anne Spiegel

Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

gleich »dreimal hoch« heißt es in diesem Jahr für pro familia: 50 Jahre pro familia Landesverband Rheinland-Pfalz, 25 Jahre Medizinische Einrichtung und vor allem 50 Jahre Beratungsstelle Mainz! Im Namen der Bürgerschaft von Mainz gratuliere ich dazu sehr herzlich und freue mich, mit pro familia seit einem halben Jahrhundert eine echte Institution in Sachen Lebens-, Partnerschafts- und Sexualberatung mitten in unserer Stadt zu wissen.

Von der Gründung der pro familia 1952 in Kassel bis zur Eröffnung der ersten Mainzer Beratungsstelle dauerte es rund 15 Jahre – keine lange Zeit angesichts des damaligen gesellschaftlichen Klimas. In den 1950er und 1960er Jahren war es – auch in Mainz – alles andere als üblich, für das Recht von Menschen auf sexuelle Selbstbestimmung einzutreten. Besonders Frauen unterlagen einer strikten gesellschaftlichen Moral – die oft so gar nichts mit ihrer Lebenswirklichkeit zu tun hatte. Es war also mutig,

in dieser Zeit Beratung zu Sexualität und Empfängnisverhütung anzubieten, Aufklärung zu betreiben und dafür einzutreten, dass Frauen selbst über ihren Körper bestimmen können. Wenn 1968 allgemein mit gesellschaftlichem Aufbruch in Verbindung gebracht wird, dann waren die Gründungsmitglieder von pro familia ihrer Zeit deutlich voraus!

Zu den Gründungsmitgliedern von pro familia in Mainz zählte auch die allererste Frau im Mainzer Stadtvorstand, Aenne Ley. Und auch die Namen vieler weiterer Mainzer Politikerinnen sind bis heute eng mit der Beratungsstelle in Mainz verbunden, so auch der von Dr. Gisela Thews.

Über die Jahrzehnte hat sich das Beratungs- und Präventionsangebot von pro familia immer breiter aufgestellt. Besonders geschätzt und von der Stadt Mainz gefördert werden etwa die sexualpädagogischen Angebote für Jugendliche zur Prävention ungewollter Schwangerschaften oder sexualisierter Übergriffe. Und nach wie vor unverzichtbar ist die ärztliche Sprechstunde von pro familia zur Familienplanung: Hier können sich Frauen auch ohne

Versicherung oder bei Sprach- und Kulturbarrieren mit viel Zeit und Geduld zu allen Fragen rund um Schwangerschaft, Verhütung und Sexualität von einer nicht konfessionell gebundenen Einrichtung beraten lassen.

Mein Dank gilt den vielen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von pro familia für ihre langjährige engagierte Arbeit für alle Menschen in allen Lebenslagen und aus allen Kulturen. pro familia wird zwar 50 – aber alt wird sie noch lange nicht!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'ME' or similar initials, written in a cursive style.

Michael Ebling
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Vorstandsmitglieder, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

50 – 50 – 25 steht für Ihr dreifaches Jubiläum: 50 Jahre pro familia Landesverband, 50 Jahr pro familia Beratungsstelle Mainz, 25 Jahre Medizinische Einrichtung für Schwangerschaftsabbruch und Nachsorge. Ist es wirklich schon so lange her, dass der politische Diskurs um Schwangerschaftskonfliktberatung die Öffentlichkeit bewegte und teils auch spaltete? Am 8.11.1967 gegründet, ist der pro familia Landesverband Rheinland-Pfalz am 1.1.1968 als Mitglied unserem Wohlfahrtsverband beigetreten. Uns verbindet somit eine sehr lange Zeit der gemeinsamen Zusammenarbeit, mit vielen politischen Gesprächen sowie gemeinsamen Aktivitäten. Mit Stolz und vor allem Anerkennung schauen wir als Ihr Spitzenverband auf die Arbeit Ihres Vereins, in dem Sie sich für selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung, Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensweisen und Prävention von sexualisierter Gewalt engagieren.

Ich bin mir sicher, dass bei einer Umfrage, welche Organisation für Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung steht, in der Mehrzahl der Antworten pro familia genannt würde. pro familia steht in Rheinland-Pfalz – wie auch bundesweit – für die nichtkonfessionell gebundene Beratung rund um Schwangerschaft, Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft.

Ihre Organisation steht für fachliche Professionalität und akzeptierende, vorurteilsfreie und respektvolle Haltung gegenüber Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen. Sie ermöglichen den Zugang zu sexualpädagogischen und familienplanerischen Angeboten für alle Bevölkerungsschichten und Menschen unterschiedlicher sexueller Ausrichtung. Viele Ihrer Angebote erreichen auch Menschen in schwierigen Lebenssituationen am so genannten Rand der Gesellschaft.

Unsere Paritätischen Aufnahmegrundsätze fordern von unseren Mitgliedern die vertrauensvolle Zusammenarbeit untereinander. Dieses Kriterium war für den pro familia Landesverband schon immer

Programm. Die enge Kooperation, ihr konstruktives Miteinander mit anderen Mitgliedsorganisationen im Verband, sei es in der Frauenarbeit aber auch im Migrationsbereich, mit anderen Beratungsstellen oder anderen Akteuren, auf lokaler und auf Landesebene, zeichnen Sie aus.

Dazu gehört auch die nach wie vor notwendige Lobbyarbeit im besten Sinne des Wortes für Frauen und Familien, für eine selbstbestimmte Sexualität. Die Bevölkerung und die Politik erleben das Angebot von pro familia als Normalität, was eine dauerhaft gesicherte und verlässliche Finanzierung unterstellt. Dass dies leider noch immer nicht der Fall ist und es immer wieder auch des Diskurses um die Notwendigkeit von Qualität, Quantität und Sicherstellung des niedrigschwelligen offenen Zugangs für alle Klientinnen und Klienten, ob auf dem Land oder im städtischen Bereich geht, haben wir vor drei Jahren erlebt.

Die schwierige Haushaltslage von Land und Kommunen und die Einhaltung von Sparvorgaben aufgrund der Schuldenbremse führen vermehrt dazu, dass soziale Angebote, die als Zuwendungen auf »freiwilligen Leistungen« beruhen, nicht davor gefeit sind, in Höhe, Art und Umfang in Frage gestellt zu werden. Die Arbeit von pro familia ist wichtig und richtig – und gar nicht mehr wegzudenken. Daher ist unsere Forderung an den Bundesgesetzgeber, eine kostendeckende, rechtlich verbindliche Finanzierung nachweislich sicherzustellen.

Ein erfreuliches »Nebenprodukt« der oben genannten Diskussion um die weitere Finanzierung auf Landesebene war die Tatsache, dass viele Frauenorganisationen und andere Wegbegleiter sich solidarisch mit pro familia erklärt haben und es eine hohe Wertschätzung für deren Arbeit landesweit gab.

Wir danken den vielen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diese breit gefächerten Angebote, für ihre Vorreiterrolle und ihre Leidenschaft, sich stets neuen Herausforderungen zu stellen – wie aktuell in verschiedenen Angeboten für geflüchtete Menschen. Und wir danken Ihnen ebenso dafür, dass Sie trotz der zunehmenden neuen Aufgaben an ihren etablierten Themengebieten weiter arbeiten.

Der PARITÄTISCHE Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland e.V. als Ihr Spitzenverband wird pro familia – gerade in Zeiten vermehrter Anfeindungen von Rechtspopulisten und fundamentalistischen Gegnern Ihrer Arbeit – unterstützen und Ihnen zur Seite stehen.

Und für die Zukunft freuen wir uns auf die Fortsetzung unserer engen, vertrauensvollen und immer konstruktiven Zusammenarbeit.



*Michael Hamm
Landesgeschäftsführer des
PARITÄTISCHEN LV Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.*



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum 50-jährigen Bestehen von pro familia Mainz gratulieren die rheinlandpfälzischen Frauenärzte ganz herzlich. Wir bedanken uns für die sehr gute und immer kollegiale Zusammenarbeit in den letzten 50 Jahren.

Zwei Erlebnisse haben mich als jungen Menschen geprägt und meine Einstellung zu pro familia positiv beeinflusst.

Die Schwester eines guten Freundes, die kurz vor dem Abitur stand, wurde schwanger – ungewollt. Die Antibabypille war erst seit kurzem auf dem Markt. Der Kindsvater war ein farbiger US-Soldat, der wieder in die USA zurück kommandiert wurde. Bei dem extrem katholischen Elternhaus hat sich diese junge Frau niemandem anvertraut und ist dann zu einem Schwangerschaftsabbruch zu einer Engelmacherin nach Frankfurt gegangen. Diese hat ihr damals Seifenlauge in die Gebärmutter gespritzt. Die Schwester meines Freundes ist dann elend verstorben.

Das zweite Erlebnis war: Als junger Medizinstudent habe ich erlebt wie in der Frauenklinik Mainz, Frauen, die unter lebensgefährlichen Komplikationen nach einem Seifenabort stationär aufgenommen wurden, menschenunwürdig, insbesondere von den Krankenschwestern behandelt wurden. Und das wollte ich ändern.

Diese beiden Erlebnisse haben mich sehr geprägt. Wir wissen, dass Frauen seit tausenden Jahren alles tun, um sich von einem Kind zu trennen, wenn es absolut unerwünscht ist. Diese Entscheidungen haben allein die Frauen zu tragen und vor sich zu verantworten.

Später als praktizierender Frauenarzt war es mir wichtig diese Institution zu unterstützen, die sowohl im menschlichen als auch medizinischen Bereich ein Garant dafür war, dass diese Frauen anständig behandelt wurden. Die Frauenärzte in Rheinland-Pfalz schätzen deshalb sehr, dass die pro familia unsere tägliche Arbeit unterstützt, indem sie diese Frauen in einem Schwangerschaftskonflikt mitbetreuen. Wir sind in der normalen Praxis nicht in der

Lage diese zeitaufwendigen Gespräche neben einer vollen Praxis gut zu führen.

Neben dem starken Engagement bei der Sexualaufklärung – wir haben aus frauenärztlicher Sicht Aufklärungskampagnen auch personell unterstützt – ist pro familia im psychosozialen Bereich sehr engagiert. Dies hatte zur Folge, dass die ungewollten Schwangerschaften mit darauffolgenden Schwangerschaftsabbrüchen stark gesunken sind. pro familia leistet einen wichtigen Beitrag für die sexuelle Selbstbestimmung der jungen Frauen und Männer. Landesweit hat der Berufsverband der Frauenärzte mit pro familia Gesprächskreise gebildet. Zunächst unter dem Aspekt der Pränataldiagnostik. Jetzt beschäftigen wir uns immer mehr mit genetischen Fragestellungen sowie aktuellen Problemen in der Flüchtlingsarbeit. Hier werden alle Beratungsstellen, katholisch, evangelisch oder religiös unabhängig, eingeladen und die Frauenärzte aus Praxis und Klinik sind dort stark vertreten. Diese Treffen werden mit großem Engagement von allen Beteiligten wahrgenommen. Aus unserer Sicht fördert dies sehr die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Institutionen. Ganz wichtig ist es, dass wir uns gegenseitig persönlich kennen und schätzen gelernt haben. Dies erleichtert dann den Weg zum Telefon bei in der Praxis auftretenden aktuellen Situationen. Ich wünsche der pro familia weitere gute 50 Jahre, eine gute finanzielle Absicherung und bedanke mich für das große Engagement aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Namen der Frauenärzte von Rheinland-Pfalz.

Gegen die üblen Angriffe aus dem rechten Lager wird der Berufsverband Rheinland-Pfalz ein treuer aktiver Bündnispartner sein. Diese unsachlichen Angriffe haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr

gute fachliche und medizinische Arbeit leisten, nicht verdient.

Mit sehr freundlichen kollegialen Grüßen



*Sanitätsrat Dr. Werner Harlfinger
Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz des Berufs-
verbands der Frauenärzte e.V.*



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Vorstandsmitglieder, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter*innen des pro familia Bundesverbands gratulieren dem Landesverband und dem Ortsverband Mainz sehr herzlich zu ihrem 50. und der Medizinischen Einrichtung in Mainz zum 25-jährigen Jubiläum. Mit Gründung des Landesverbands 1967 begann ein steiniger Weg, der glücklicherweise zu einer Erfolgsgeschichte wurde. Aus den Unterlagen unseres Archivs geht hervor, dass es vor knapp 40 Jahren nicht sicher war, ob die aus Bundesmitteln finanzierte pro familia Modellberatungsstelle in Mainz durch Landesförderung in den Regelbetrieb überführt werden würde. 1973 wurde Mainz eine der »Modellberatungsstellen« im Rahmen der § 218-Reform. Mit dem Auslaufen des Modellprogramms erreichte am 27.11.1979 ein Notruf aus dem Landesverband den Bundesverband, wonach die „Beratungstätigkeit von pro familia in Rheinland-Pfalz ernsthaft bedroht ist“. Der Landesverband hatte fünf Beratungsstellen in Koblenz,

Kaiserslautern, Ludwigshafen, Trier und in Mainz. Die damalige Landesregierung hat die institutionelle Zuwendung für den Landesverband gekürzt, was zu einer dramatischen Deckungslücke führte. Darüber hinaus schränkte sie den ohnehin beschränkten Zugang für Frauen zu einem Schwangerschaftsabbruch weiter als in der BRD üblich ein. Frauen mussten nach Holland und in andere Bundesländer, vor allem nach Hessen, ausweichen. Die Verkürzung der Beratung auf die 8-Wochen-Frist konnte erst mit dem Wechsel zu einer sozialliberalen Landesregierung 1992 abgeschafft werden. Die neuen politischen Rahmenbedingungen ermöglichten die Eröffnung der Medizinischen Einrichtung für Schwangerschaftsabbruch und Nachsorge in Mainz. Durch das Engagement von Vorstandsmitgliedern, Mitarbeiter*innen, Mitgliedern und Unterstützer*innen von pro familia konnte mittlerweile ein flächendeckendes Angebot mit neun nicht-konfessionellen Beratungsstellen, einem Medizinischen Zentrum und der Beteiligung an verschiedenen Präventionsprojekten des Landes aufgebaut werden.

Mit dem Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz 1995 wurden die Kommunen und Landkreise in Rheinland-Pfalz entlastet, weil die sexualpädagogische Arbeit auf sichere Füße gestellt wurde. Die erste Beratungsstelle für Prostituierte in Rheinland-Pfalz wurde 2009 bei der pro familia Koblenz gegründet.

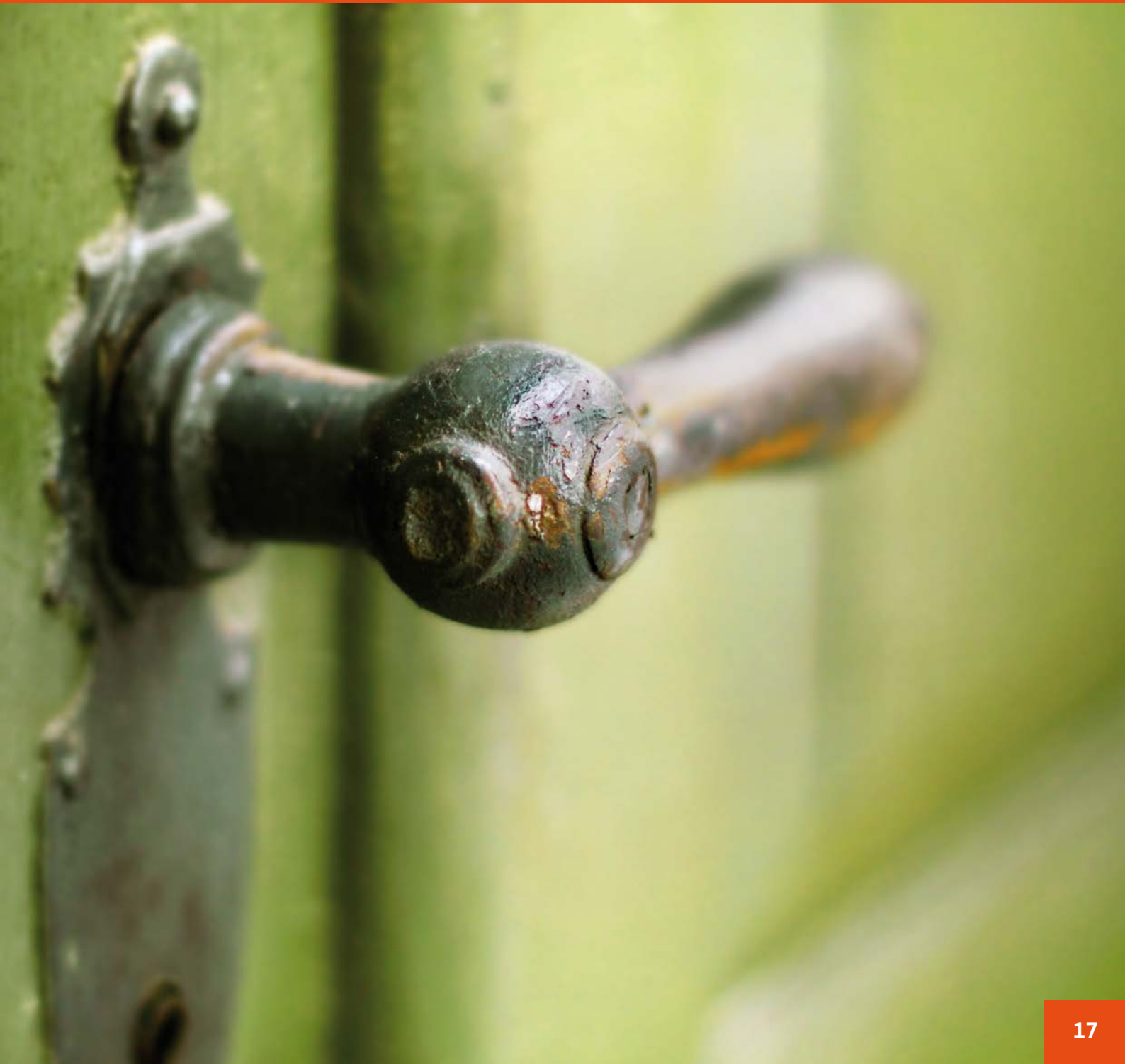
Wir danken pro familia Rheinland-Pfalz auch für ihre Unterstützung bei Projekten des Bundesverbands, wie aktuell beim Bundesprojekt »Fachdialognetz für schwangere, geflüchtete Frauen«. Der Landesverband hat im Laufe der Zeit viele wichtige fachliche Beiträge geliefert: So bei der Entwicklung internationaler Familienplanungsstandards zum Thema »abortion care«; so durch engagierte Mitarbeit im gemeinsamen Projekt des Bundes- und der Landesverbände »Freiräume für selbstbestimmte Sexualität«, aus dem 2011 die Leitlinien für sexuelle und reproduktive Rechte entstanden sind. Oder auch durch die Beteiligung an der Selbstaufklärung von pro familia bezüglich Pädosexualität, mit der bestätigt wurde, dass für pro familia die sexuellen Schutzrechte Bestandteil der sexuellen und reproduktiven Rechte sind. Der Landesverband bezieht verstärkt auch junge Menschen in die Arbeit von pro familia ein und engagiert sich damit im Bereich der Jugendpartizipation. Wir danken den Mitgliedern und Mitarbeiter*innen des rheinland-pfälzischen pro familia Landesverbands für Ihr Engagement und Ihre Unterstützung für die vielfältigen niedrigschwelligen Angebote, die das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Männern, Jugendlichen und Kindern fördern.

Wir wünschen viel Erfolg auf diesem gemeinsamen Weg, der auch weiterhin kein leichter sein wird.



Prof. Dr. Davina Höblich

Vorsitzende des pro familia Bundesverbands



Meilensteine 1967 bis 2017

1950er und 1960er: Familienplanung wird Thema

1952 Gründung der **pro familia** als gemeinnütziger, nicht-staatlicher und nicht-konfessioneller Verband: »pro familia – Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie«. Ziel: „Jedes Kind hat ein Recht erwünscht zu sein.“

1961 Erste **Pille** auf dem deutschen Markt

1967 Gründung der Gesellschaft »**Ehe und Familie der DDR**«

1967 Gründung des **pro familia Landesverbandes Rheinland-Pfalz** am 08.11.1967
Einrichtung der ersten **Beratungsstelle** – aus politischen Gründen in Mainz-Kastel. 1968 zog die Beratungsstelle dann nach **Mainz**.

1970er: „Mein Bauch gehört mir“

1971 Sterntitel „**Wir haben abgetrieben**“

1972 Einführung der **Fristenlösung** ohne Beratungspflicht für die Schwangerschafts-»unterbrechung« in den ersten drei Monaten in der **DDR**. Schwangerschaftsabbrüche dürfen nur stationär in einer Klinik vorgenommen werden.

1972 Eröffnung der **Beratungsstelle Kaiserslautern**

1973 Der Bundestag beschließt nach langen und heftigen Auseinandersetzungen eine **Reform des**

§ 218. Danach soll eine **Fristenregelung** mit Beratungspflicht gelten.

26 der insgesamt 38 **Modellberatungsstellen** des Bundesprogramms »Ergänzende Maßnahmen zur Reform des § 218« gehen an die pro familia.

1974 **Mainz** wird eine der **Modellberatungsstellen**. Erste Festanstellung einer Sozialarbeiterin in Teilzeit. Das **Saarland** schließt sich dem Landesverband Rheinland-Pfalz an.
Eröffnung der **Beratungsstellen Koblenz und Ludwigshafen**

1975 Das Bundesverfassungsgericht erklärt die **Fristenlösung** nach einer Klage der CDU für **grundgesetzwidrig**.

1976 Der Bundestag verabschiedet eine **Indikationslösung** für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs mit medizinischer, kriminologischer, eugenischer oder sozialer Indikation. Frauen brauchen für den Abbruch eine ärztliche Indikation und eine Beratungsbescheinigung.

1979 Erstes **Familienplanungszentrum Bremen**

1979 Eröffnung der **Beratungsstelle Trier**
Ende der Förderung der Mainzer Beratungsstelle als Modellberatungsstelle durch den Bund. Vorsorgliche Kündigung aller fünf Festangestellten, da die finanzielle Übernahme der Personal- und Sachkosten durch das Land nicht gewährleistet war.

Deutschland und pro familia in Rheinland-Pfalz

1980er: Wachstum und Krisen

1980 Ein Jahr Finanzierungsverlängerung durch den Bund und Wiedereinstellung der festangestellten MitarbeiterInnen in Mainz.

1981 Gründung des **Familienplanungszentrums Hamburg**

1982 Der Ortsverband Mainz wird Träger der Beratungsstelle Mainz.

1985 Gründung der **Familienplanungszentren Rüsselsheim** und **Saarbrücken**

1986 Beschluss des pro familia Bundesverbandes: für die „ersatzlose **Streichung des § 218**“
Gründung des **Familienplanungszentrums Kassel**

1987 Erneute Finanzkrise in Mainz und fristlose Kündigung aller Festangestellten. Die Überprüfung der Finanzen durch den städtischen Rechnungshof ergibt keine Beanstandungen und die Stadt gleicht das Defizit aus. Wiedereinstellung aller Festangestellten.

1990er: Strafrecht und Menschenrechte

1990 Im **Einigungsvertrag** wird der gesamtdeutsche Gesetzgeber beauftragt, bis spätestens Ende 1992 „eine Regelung zu treffen, die den Schutz des vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen, ... besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands der Fall ist.“

Gründung des **Familienplanungszentrums Gießen**

1991 Erstes **Gleichstellungsministerium** in Rheinland-Pfalz
Beitritt der Landesverbände »**Ehe und Familie der DDR**« und Aufbau der Beratungsstellen in den neuen Bundesländern

1991 Eröffnung der **Beratungsstelle Landau**

1992 Der Bundestag beschließt in einer parteiübergreifenden Abstimmung das sogenannte »Beratungsmodell«, das eine **Fristenregelung mit Beratungspflicht** beinhaltet.

Das Bundesverfassungsgericht verfügt auf Antrag der im Bundestag unterlegenen CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, dass die Reform der §§ 218 und 219 bis zu einer endgültigen Entscheidung des BVerfG nicht in Kraft tritt.

Gründung des **Familienplanungszentrums Hannover**

1992 Eröffnung des **pro familia Zentrums Mainz** im September und Einstellung eines holländischen Arztes zum Aufbau der »Medizinischen Einrichtung für Schwangerschaftsabbruch und Nachsorge«

1993 Das **Bundesverfassungsgericht** verkündet am 25.05.93 sein endgültiges Urteil zur Reform der §§ 218 und 219 und erklärt die Nicht-Rechtswidrigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs nach der Beratungsregelung für **verfassungswidrig**. Es erlässt eine Übergangsregelung.

Der pro familia Bundesverband gibt sich den aktuellen Namen »pro familia – Deutsche Gesellschaft für

Meilensteine 1967 bis 2017

Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung«

Die International Planned Parenthood Federation erstellt die **IPPF-Charta der sexuellen und reproduktiven Rechte**

1993 Das integrierte Konzept der Familienplanungszentren wird mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinfällig. Ab jetzt muss wirtschaftlich und personell zwischen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und Einrichtungen für Schwangerschaftsabbruch getrennt werden.

1994 Auf der Internationalen **UN-Konferenz in Kairo** wird ein Aktionsprogramm verabschiedet, das einen Paradigmenwechsel von der Familienplanung hin zu dem Ansatz „**sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte**“ darstellte.

Auflösung des Gleichstellungsministeriums in Rheinland-Pfalz; die Aufgaben werden seitdem von der Frauenabteilung in wechselnden Ministerien ausgeführt.

1995 Der Bundestag beschließt mit Zustimmung des Bundesrates ein **Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz**, das die Bestimmungen des BVerfG berücksichtigt: im Fall der Beratungsregelung ist der Abbruch nicht mehr „nicht rechtswidrig“, aber die Beteiligten bleiben straffrei. Einführung der Pflichtberatung.

Erstes **Online-Beratungsangebot** des pro familia Bundesverbandes

1997 Eröffnung der **Beratungsstelle Idar-Oberstein**

1999 Zulassung von **Mifegyne** zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch in Deutschland

2000er: Neue Zielgruppen und Projekte

2001 Auf Drängen des Papstes und konservativer Bischöfe dürfen die **katholischen Schwangerenberatungsstellen** die für einen Abbruch notwendige Bescheinigung für die Beratung nicht mehr ausstellen und treten aus der gesetzlichen Konfliktberatung nach § 219 aus. Es gründen sich katholische Laienorganisationen wie Donum Vitae und Frauenwürde, die weiterhin Konfliktberatung mit Bescheinigung anbieten.

2001 Eröffnung der **Beratungsstellen Gerolstein und Hachenburg**

2003 Der pro familia Bundesverband beschließt das Programm **»Sexualität und Behinderung«**. Start der Aktionen zur **Rezeptfreiheit der Pille danach**.

2004 – 2008 Forschungsprojekte des pro familia Bundesverbandes zur »Förderung sexueller und reproduktiver Rechte und Gesundheit von Jugendlichen« und zu »Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen«

2007 Start des Projekts **»Contra Häusliche Gewalt« (CHG)** in Trier

2009 Start des Projektes **»Roxanne«**, zur Beratung von Prostituierten in **Koblenz**

Deutschland und **pro familia** in Rheinland-Pfalz

2010er: Reproduktionsmedizin und Angriffe von rechts

2010 Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes: Ärzte müssen bei einem **pränataldiagnostischen Befund** auf den Anspruch auf vertiefende psychosoziale Beratung in einer Schwangerschaftsberatungsstelle hinweisen und den Kontakt vermitteln können. Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zur begrenzten Zulassung der **Präimplantationsdiagnostik (PID)** Das Bundesverfassungsgericht hebt die gerichtliche Untersagung einer **Protestaktion gegen Schwangerschaftsabbrüche auf**. Abtreibungsgegner können weiter vor Frauenarztpraxen und Kliniken demonstrieren und Klientinnen und MitarbeiterInnen belästigen und bedrohen.

2011 pro familia Bundesverband beschließt die »Leitlinien für sexuelle und reproduktive Rechte«

2012 **Pränataldiagnostik**: neue nicht-invasive Bluttests (NIPD) zur Diagnostik von Chromosomenfehlverteilungen bei Ungeborenen, die früher durchgeführt werden können und weniger risikoreich sind als bisherige Methoden.
60 Jahre pro familia Bundesverband

2013 Vorwürfe in der Presse, dass pro familia in den 1980er und 1990er Jahren **pädophilenfreundliche Ansichten** veröffentlicht und sogar Sex mit Kindern gebilligt habe. Einrichtung einer Untersuchungskommission beim pro familia Bundesverband.

2014 Ergänzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes um die Beratung zur **Vertraulichen Geburt Kürzung** der Förderung der Schwangerenberatungsstellen in Rheinland-Pfalz.

Kampagnen von fundamentalistischen und rechtspopulistischen Gruppen wie den **»Besorgten Eltern«** gegen frühkindliche Sexualerziehung und Akzeptanz von Vielfalt

2014 Start des Projektes **»Love-Mobil«** in Landau

2015 **Aufhebung der Rezeptpflicht** für die **Pille** danach

Bundestagspetition des pro familia Bundesverbandes für **kostenlose Verhütung**

2015 Eröffnung der **»Liebelle« – Beratungs-, Bildungs- und Forschungsstätte zu Sexualität und geistiger Behinderung** als Kooperationsprojekt von in.betrieb, pro familia Mainz und der Hochschule Darmstadt

2016 Neue Projekte und Kooperationen für die Aufklärung, Beratung und medizinische Versorgung von **Flüchtlingen**

2017 **Prostituiertenschutzgesetz** tritt am 01.07. in Kraft.

2017 Start des Projekts **»Luna Lu«** zur Beratung von Prostituierten in **Ludwigshafen**

Rückblick zur Gründung der pro familia

Katholische Sexualmoral: Verbot von Verhütung und Sex außerhalb der Ehe

In den 1950er und 60er Jahren herrschte in der BRD eine repressive Sexualmoral. Es gab so gut wie keine Möglichkeiten, Informationen über Sexualität und Verhütung zu bekommen. Das Thema Sexualität war weitgehend tabuisiert. Der Einfluss der katholischen Kirche war sehr groß. Sie verurteilte Sexualität vor der Ehe, jede Art von Verhütung – außer der Enthaltsamkeit –, Abtreibungen und Untreue. Geschlechtsverkehr in der Ehe war ausschließlich zur Zeugung von Kindern erlaubt.

„Ebenso ist jede Handlung verwerflich, die entweder in Voraussicht oder während des Vollzugs des ehelichen Aktes oder im Anschluss an ihn beim Ablauf seiner natürlichen Auswirkungen darauf abstellt, die Fortpflanzung zu verhindern.

Verständige Menschen können sich noch besser von der Wahrheit der kirchlichen Lehre überzeugen, wenn sie ihr Augenmerk auf die Folgen der Methoden der künstlichen Geburtenregelung richten. Man sollte vor allem bedenken, wie bei solcher Handlungsweise sich ein breiter und leichter Weg einerseits zur ehelichen Untreue, andererseits zur allgemeinen Aufweichung der sittlichen Zucht auf tun könnte.“ (aus Enzyklika Humanae Vitae, Kap. 14, 17)

Als Papst Paul VI. 1968 die *Enzyklika Humanae Vitae* veröffentlichte, gab es heftige öffentliche Reaktionen – auch von KatholikInnen. Vor der Enzyklika war eine päpstliche Studienkommission zu Fragen des Bevölkerungswachstums und der Geburtenregelung

mehrheitlich zu der Auffassung gelangt, dass empfängnisverhütende Mittel an sich nicht verwerflich seien. Auch eine vom Papst eingesetzte Bischofskommission sprach sich dafür aus, die Wahl der Methode der Empfängnisregelung den Eheleuten selbst zu überlassen. Eine Gruppe von fünf Kardinälen jedoch – unter ihnen Karol Wojtyła, der spätere Papst Johannes Paul II., – legte Paul VI. ein gegenteiliges Gutachten vor, das in die Enzyklika einfluss.

Schwangerschaftsabbruch rechtswidrig aber straffrei

Bis 1973 gab es in der BRD keine Möglichkeit eines legalen Schwangerschaftsabbruchs. Abbrüche wurden nur gegen viel Geld im Ausland oder medizinisch oft sehr unprofessionell im »Hinterzimmer« durchgeführt. Obwohl den Frauen meist die moralische Verwerflichkeit ihres Handelns deutlich gemacht und ihnen mit Verachtung begegnet wurde, wurde jede vierte Schwangerschaft abgebrochen. Viele Frauen starben oder litten an Spätfolgen der unsachgemäßen Eingriffe.

Angesichts des Elends überfüllter Krankenhausstationen mit Frauen, die selbst abgetrieben hatten oder EngelmacherInnen ausgesetzt waren, engagierten sich immer mehr JuristInnen und ÄrztInnen für eine Reform der zum Großteil noch aus der Nazizeit stammenden Strafgesetzgebung. Doch sollte es noch bis in die 1970er Jahre dauern, bis nach vielen politischen und juristischen Auseinandersetzungen in der BRD

die Möglichkeit eines für Frauen und ÄrztInnen legalen Schwangerschaftsabbruchs geschaffen wurde. Die DDR hatte 1972 eine Fristenlösung ohne Beratungspflicht für die ersten drei Schwangerschaftsmonate eingeführt.

Auch der Bundestag beschloss 1973 eine Fristenlösung – allerdings mit Beratungspflicht. Nachdem diese 1975 nach einer Klage der CDU für verfassungswidrig erklärt worden war, verabschiedete der Bundestag 1976 die Indikationslösung für die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs mit medizinischer,

kriminologischer, eugenischer oder sozialer Indikation.

Nach der Wiedervereinigung sollte der gesamtdeutsche Gesetzgeber eine neue Regelung treffen, die *„den Schutz des vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen schwangerer Frauen, ... besser gewährleistet, als dies in beiden Teilen Deutschlands der Fall ist“* (Einigungsvertrag von 1990). Der Bundestag beschloss 1992 in einer parteiübergreifenden Abstimmung erneut eine Fristenregelung mit Beratungspflicht.



Und wiederum auf Antrag der im Bundestag unterlegenen CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten verfügte das Bundesverfassungsgericht, dass die Reform der §§ 218 und 219 nicht in Kraft tritt. Am 25.05.1993 verkündete das Bundesverfassungsgericht dann sein endgültiges Urteil und erklärte die Nicht-Rechtswidrigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs nach der Beratungsregelung für verfassungswidrig. Der Bundestag beschloss dann 1995 mit Zustimmung des Bundesrats ein Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz, das die Bestimmungen des BVerfG berücksichtigt: im Fall der Beratungsregelung ist der Abbruch nicht mehr „nicht rechtswidrig“, aber die Beteiligten bleiben straffrei. Diese rechtliche Situation gilt bis heute.

Gründung der pro familia

Ziel der Gründung des pro familia Bundesverbands 1952 war die Schaffung eines gemeinnützigen, von Staat und Kirchen unabhängigen Vereins für Fragen zur Sexualität und Familienplanung unter dem Leitgedanken »Jedes Kind hat ein Recht erwünscht zu sein«. Alle Menschen – ob verheiratet oder nicht – sollten sich zu Verhütung und Sexualität beraten lassen können, ohne moralisch bewertet zu werden. Die Gründungsmitglieder – vor allem engagierte Ärztinnen und Ärzte – wollten an die Sexualreformbewegung vor der Zeit des Faschismus anknüpfen, die in der Weimarer Republik aus über hunderttausend Mitgliedern bestanden hatte. Bei der Gründung hieß der Verband »pro familia Ehe und Familie e.V.« und setzte sich für „gesunde Familien, gesunde Mütter und erwünschte Kinder“ ein. Schon bald stand jedoch die Aufklärung über

eine „verantwortungsbewusste Familienplanung“ im Zentrum. Die Internationale UN-Konferenz von Teheran 1968 mit der Proklamation, dass jeder die Zahl der Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt selbst bestimmen können soll, führte dazu, das *Recht auf Familienplanung* zu fordern und später das *Recht auf selbstbestimmte Sexualität*.

Auf der Internationalen UN-Konferenz 1994 in Kairo wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, das einen Paradigmenwechsel von der Familienplanung hin zu dem Ansatz *sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte* darstellte und von der pro familia mitgetragen wurde. Das Programm sah vor, bis 2014 allen Menschen Zugang zu Sexualaufklärung, Empfängnisverhütung und Familienplanung, zum Schutz vor HIV und AIDS sowie zur Gesundheitsversorgung rund um Schwangerschaft und Geburt zu ermöglichen. 2017 sind wir auch in Europa teilweise noch weit von diesem Ziel entfernt und es gab sogar Rückschritte. So lehnte das Europäische Parlament 2013 nach einer beispiellosen Kampagne von Konservativen und Abtreibungsgegnern den Estrela-Bericht ab. Dieser Bericht forderte den Zugang zu sexueller Bildung, Verhütung und einem sicheren Schwangerschaftsabbruch für alle EU-Mitgliedsstaaten. Es bleibt somit für die pro familia und ihren internationalen Dachverband IPPF (International Planned Parenthood Federation) weiterhin viel zu tun, um die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte für alle Menschen zu verwirklichen.

Verwendete Quelle: Michael Altmann. 2012. Meilensteine. pro familia Bundesverband, Frankfurt am Main.

Die „Pillenverteilerstelle“ – Anfangsjahre in Mainz

Gründung der pro familia in Rheinland-Pfalz

Am 8. November 1967 trafen sich die Ärztin Dr. Marianne Pohl, und der Frauenarzt Dr. Karl Martin mit einigen MitstreiterInnen in einem Mainzer Lokal, um den pro familia Landesverband Rheinland-Pfalz zu gründen. Marianne Pohl arbeitete auch als Ärztin in der ersten pro familia Beratungsstelle, die wegen der politisch konservativen Situation in Rheinland-Pfalz in Mainz-Kastel, das zu Hessen gehört, eingerichtet worden war.

In der Studentenzeitung *nobis* erschien 1968 eine Anzeige von pro familia mit folgendem Text:

Eine GESELLSCHAFT, die ledige Mütter immer noch zu Außenseitern abstempelt, die uneheliche Kinder immer noch benachteiligt, die immer noch lieber 1 Million Abtreibungen pro Jahr hinnimmt, als daß sie überholte Moraltabus aufgibt, hat kein Recht, das Sexualleben des EINZELNEN zu kontrollieren. „... doch die Verhältnisse, die sind nicht so.“

(Brecht, Dreigroschenoper)

Oder: Mainz bleibt Mainz. Das Verhältnis von Sexualität und Herrschaft, das nach dem Schema: Lustbedarf – Triebunterdrückung – Schuldgefühl – Frustration – Unterdrückung abläuft, ist bekannt. Wahrscheinlich auch in Mainz.

Mit diesem Reaktionsschema beschrieb die pro familia, welche Probleme junge Menschen bekommen konnten, wenn sie versuchten, den Forderungen der

katholischen Kirche und den verbreiteten moralischen Wertevorstellungen der damaligen Zeit nachzukommen. Dabei wurden sie im Umgang mit ihrer Sexualität, ihren Problemen und Gewissensnöten allein gelassen. Viele junge Studierende empfanden sich zudem in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite standen die strengen konservativen Moralvorstellungen, auf der anderen Seite erlebten sie hautnah die Auswirkungen der sexuellen Revolution.

In dieser Situation wollte pro familia auch in Rheinland-Pfalz eine wert- und konfessionsfreie Beratung anbieten. In ihrer Satzung wurde auch die „voreheliche Beratung“ genannt, was deutlich macht, dass pro familia auch junge Menschen zu Sexualität und Verhütung beraten wollte, die noch nicht verheiratet waren. 1968 zog die Beratungsstelle dann von Hessen nach Mainz.

Obwohl Mainz katholische Bistumsstadt ist, gibt es keine Belege, dass die Gründung der pro familia Rheinland-Pfalz zu öffentlicher Kritik oder Widerständen geführt hätte. Außer der oben beschriebenen Anzeige gab es aber auch kaum Öffentlichkeitsarbeit. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, dass Sexualität in den 1960er Jahren noch ein großes Tabuthema war. Auch wenn es insgesamt wenig öffentliche Kritik gab, finden sich über die Jahre jedoch immer wieder negative Artikel über die pro familia in der regionalen »Allgemeinen Zeitung«, die sich in erster Linie an eine konservativ-katholische Leserschaft richtet. So kritisierte die Allgemeine Zeitung am 22. April 1974, dass „pro familia“ (von den RedakteurInnen immer in Anführungszeichen geschrieben) eigent-

lich nur eine „Pillenverteiler-Stelle“ sei und man dort jeden unabhängig vom Alter und Familienstand beraten würde. pro familia stellte klar, dass das Ziel nicht sei, wahllos Empfängnisverhütungsmittel auszugeben, sondern alle Interessierten über die Möglichkeiten der Empfängnisverhütung zu informieren ohne zu moralisieren.

Wachstum, Krisen und neue Arbeitsfelder

In den Folgejahren wuchs die Nachfrage schnell und die Beratungsstelle brauchte immer wieder neue MitarbeiterInnen und größere Räume. Die sachliche und nicht-konfessionell gebundene Beratung erschien besonders jungen Menschen sehr hilfreich.



Junge Frauen, die nicht verheiratet waren und noch keine Kinder hatten, bekamen von den meisten niedergelassenen FrauenärztInnen nicht die Pille und ließen sie sich in der ärztliche Sprechstunde der pro familia verschreiben.

Nach der ersten Reform des § 218 1973 förderte der Bund 38 Modellberatungsstellen. 26 davon gingen bundesweit an die pro familia. Die Beratungsstelle in Mainz wurde eine der Modellberatungsstellen. 1979 endet die Förderung der Modellberatungsstellen durch den Bund und der Mainzer Vorstand kündigt vorsorglich allen fünf Festangestellten, da die Übernahme der Personal- und Sachkosten durch das Land nicht gewährleistet war. Der Bund verlängerte sein Programm dann um ein Jahr und die MitarbeiterInnen wurden wieder eingestellt.

Am 26.01.1981 gründete sich der pro familia Ortsverband Mainz e.V., der 1982 die Trägerschaft der Mainzer Beratungsstelle übernahm. Im selben Jahr wurde das Beratungsangebot in Mainz um den Bereich Sexualpädagogik zur Aufklärung von Jugendlichen und zur Prävention ungewollter Schwangerschaften erweitert und die ersten SexualpädagogInnen – Ulla Noll-Reiter und Otto Boeßenecker – eingestellt.

1987 kam es zu einer erneuten Finanzkrise der Beratungsstelle in Mainz und die CDU warf der pro familia die Veruntreuung von Geldern vor. Wieder musste allen Festangestellten fristlos gekündigt werden. Die Prüfung des städtischen Rechnungshofes ergab keine Beanstandungen und die Stadt glich das Defizit aus. Die MitarbeiterInnen wurden wieder eingestellt. Beratung und Information zu Familienplanung, Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft sowie Sexualpädagogik sind immer noch die Kernbereiche aller heutigen pro familia Beratungsstellen, von denen es inzwischen neun in Rheinland-Pfalz

und 180 in ganz Deutschland gibt. In Mainz gibt es auch seit der Gründung die Möglichkeit, sich von ÄrztInnen bei allen Fragen zur Familienplanung, Schwangerschaft, Geburt und Sexualität beraten und Verhütungsmittel verschreiben und anpassen zu lassen.

In den 1990er Jahren wurde das Angebot um die »Familienrechtsinfo« erweitert, in der Fachanwältinnen für Familienrecht bei Fragen zu Unterhalt, Sorge- und Umgangsrecht und rechtlichen Ansprüchen vor und nach der Geburt beraten. Seitdem sind viele weitere Angebote und Projekte für neue Zielgruppen wie Menschen mit Behinderung, MigrantInnen oder Frühe Hilfen für werdende Eltern zur Förderung des Kinderschutzes sowie Beratungsangebote zur Pränataldiagnostik und Reproduktionsmedizin hinzugekommen.

Verwendete Quelle: Anna-Maria Helmer. 2017. Pillenverteilerstelle oder Speerspitze der sexuellen Emanzipation? Über die Anfänge von „pro familia“ in Mainz. In: Mainz '68. Informationen der Gesellschaft für Volkskunde in Rheinland-Pfalz e.V.

„Mein Frauenarzt macht das nicht“ – Medizinische Einrichtung in Mainz 1992 bis heute

1979 wurde das erste Familienplanungszentrum der pro familia in Bremen gegründet. Die leitende Idee war, ratsuchenden Frauen und Paaren zu dem Themenkomplex Schwangerschaft, Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft Beratung und medizinische Behandlungen, wie Sterilisation oder Schwangerschaftsabbruch, anzubieten – »Alles unter einem Dach«. Die Entscheidung einer Frau sollte respektiert und ein Abbruch ihrer Schwangerschaft gesundheitsschonend nach hohen medizinischen Standards durchgeführt werden.

In Deutschland wurde und wird der Abbruch einer Schwangerschaft in der fachärztlich-gynäkologischen

Ausbildung unverändert weitgehend ignoriert bis tabuisiert. Er stößt als gynäkologischer Eingriff traditionell auf tiefe, nur scheinbar ethisch motivierte, moralische Ablehnung. Sie basiert auf der jahrhundertealten Aberkennung der Gleichberechtigung der Frau und der Selbstbestimmung über ihren Körper. Eine ärztliche Dienstleistung auf Wunsch einer Frau allein erscheint danach inakzeptabel. Als Konsequenz werden GynäkologInnen weder entsprechend ausgebildet noch sind sie in der Praxis bereit für diese im Dienst der Frau stehende ärztliche Leistung. Sie müssten in Kauf nehmen, als »Abbrucharzt/-ärztin« stigmatisiert und von Abtreibungsgegnern bedroht zu werden.

Insofern boten erfahrene Ärzte und Ärztinnen aus den Niederlanden in Deutschland »Entwicklungshilfe« an. Sie führten die schonende Absaugmethode ein, die wichtig für die reproduktive Gesunderhaltung von Frauen ist. Wie die inzwischen langjährige Praxis zeigt, wünschen sich viele Frauen, die aktuell eine Schwangerschaft nicht austragen, zu einem späteren Zeitpunkt ein oder noch ein Kind.

Situation in Rheinland-Pfalz

Anfang der 1990er Jahre konnten Frauen in Rheinland-Pfalz bei pro familia oder anderen Beratungsstellen beraten werden, mussten aber zum Abbruch überwiegend in die benachbarten Bundesländer oder ins Ausland ausweichen. Jahrzehntlang bestimmten



die Kirchen und eine konservative Landesregierung und Ärzteschaft eine verurteilende Haltung gegenüber Frauen ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit und Lebenslagen, wenn sie den Abbruch einer Schwangerschaft wünschten.

In Rheinland-Pfalz kam erschwerend hinzu, dass im Gegensatz zum Bundesrecht landesrechtliche Richtlinien Frauen den Abbruch einer Schwangerschaft nach der damals geltenden Notlagen-Indikation nur bis zur achten Schwangerschaftswoche erlaubten.

Mainz bekommt ein Familienplanungszentrum

Aufgrund der Aussicht eines politischen Regierungswechsels zu einer sozialliberalen Landesregierung beschloss die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Mainz 1991 umgehend den Antrag für ein Familienplanungszentrum zu stellen. Aktive politische Unterstützung auf Landes- und kommunaler Ebene ermöglichten trotz starken Gegenwindes die Realisierung eines Familienplanungszentrums. 1992 konnte die »Medizinische Einrichtung« der pro familia, als Ergänzung zur langjährig bestehenden Beratungsstelle, eröffnet werden.

Mühsam waren nicht nur die Suche nach Räumlichkeiten – viele Vermieter stellten sich gegen eine so »anrühliche« Einrichtung –, sondern vor allem die Suche nach einem qualifizierten Arzt oder einer Ärztin. Wie in Bremen sprang schließlich auch in Mainz ein politisch engagierter, fachlich versierter holländischer Arzt dem Mainzer Projekt für mehrere Jahre zur Seite. Der Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit trug entscheidend zur finanziellen Landesförderung bei, erwei-

terte die ausschließliche Facharzt-Zulassung auf einen »gynäkologisch erfahrenen Arzt« und das Landesgesetz für eine Notlagen-Indikation bis zur 12. Schwangerschaftswoche.

Mit aktiver Unterstützung eines gynäkologischen Mainzer Facharztes, engagiert im damaligen Vorstand in Mainz und Fürsprecher eines Familienplanungszentrums, konnte die Eröffnung im September 1992 mit einem allen modernen Standards genügenden Operationsraum erfolgen. Er konnte sich auch in gynäkologischen Fachkreisen lokal und regional für die Anerkennung der medizinischen Institution von pro familia einsetzen, sodass von dieser Seite der sonst zu erwartende Widerstand unterblieb.

Bundesverfassungsgericht ändert die Gesetzeslage

Die von Frauen gut angenommene Medizinische Einrichtung konnte sich nur kurz in ruhigem politischen Fahrwasser entwickeln. 1992 verfügte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) auf Antrag der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, dass das Gesetz, wonach Schwangerschaftsabbrüche nach Beratung in den ersten drei Monaten straffrei bleiben sollten, nicht in Kraft trat. 1993 verkündete das BVerfG sein endgültiges Urteil zur Reform der §§ 218 und 219 und erklärte sie für verfassungswidrig. 1995 beschloss der Bundestag nach vehementen politischen Auseinandersetzungen ein Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz, das die Bestimmungen des BVerfG berücksichtigt: im Fall der Beratungsregelung ist der Abbruch nicht mehr „nicht rechtswidrig“, aber die Beteiligten bleiben straffrei. Diese rechtliche Situation gilt bis heute.

Die neue Gesetzeslage beinhaltete auch, dass Beratungsstellen nur dann staatlich anerkannt werden, wenn sie mit keiner Einrichtung für Schwangerschaftsabbruch so organisatorisch oder wirtschaftlich verbunden sind, dass „ein materielles Interesse der Beratungseinrichtung an der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen nicht auszuschließen ist“ (SchKG § 9). Das integrierende Konzept der Familienplanungszentren wurde mit der Entscheidung des BVerfG somit hinfällig. Die notwendige wirtschaftliche und personelle Trennung zwischen der Schwangerschaftskonfliktberatung und der Medizinischen Einrichtung für Schwangerschaftsabbruch wurde mit juristischer Unterstützung in Mainz umgesetzt.

Entwicklung der Medizinischen Einrichtung

Seit ihrer Gründung kommen etwa ein Drittel bis ein Viertel der Frauen in Rheinland-Pfalz, die eine Schwangerschaft abbrechen lassen, in die Medizinische Einrichtung – trotz der geographischen Randlage von Mainz. Auffallend ist der hohe Anteil von Frauen mit keinem oder geringem Einkommen (80%) und der steigende Anteil an Migrantinnen (aktuell bei 40%). Den Klientinnen kommt die langjährige Erfahrung des medizinischen Teams und seine kontinuierliche supervidierte Auseinandersetzung mit neuen Herausforderungen, wie aktuell der großen Nachfrage von Flüchtlingsfrauen, zugute. Die Medizinische Einrichtung war und bleibt ein wichtiger Teil der medizinischen Versorgung von Frauen in Rheinland-Pfalz, die wünschen, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Zur Situation heute

Gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht von Frauen steht der bei Reformen nicht geänderte § 219 a. Er besagt, dass Werbung für den Schwangerschaftsabbruch verboten sei und mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft werde. Gleichgesetzt wird dieses juristische Werbeverbot in Deutschland als Verbot zur Information. Eine öffentliche Information wo und wer einen Schwangerschaftsabbruch nach geltendem Recht vornimmt, führt bereits zur Strafbarkeit. Diejenigen, die sich an dieses Werbe- und Informationsverbot nicht halten, werden von Abtreibungsgegnern ständig beobachtet und umgehend angezeigt. Information suchende Frauen, die sich unabhängig vom eigenen Arzt online informieren wollen, haben dazu keine Möglichkeit. Sie sind auf Auskünfte einer Beratungsstelle angewiesen oder müssen sich über ausländische Webseiten informieren. Da eine Differenzierung zwischen sachlicher Information und Werbung fehlt, dient der § 219 a selbsternannten Lebensschützern als praktisches Einfallstor für ihre Dauerbelästigungen von ÄrztInnen, Arztpraxen und pro familia Zentren, die Abbrüche durchführen.

Die ärztliche Versorgung für Frauen, die sich für einen Abbruch entscheiden, ist auch heute noch je nach Wohnort sehr unterschiedlich. Es gibt Gegenden in Deutschland, auch in Rheinland-Pfalz, in denen Frauen weiterhin lange Wege in ein anderes Bundesland oder ins Ausland auf sich nehmen. Die meisten niedergelassenen FrauenärztInnen und Kliniken, vor allem in konfessioneller Trägerschaft, führen einen Schwangerschaftsabbruch nach der Beratungsregelung nicht durch. Wenn eine Frau aus medizinischen Gründen – wegen Komplikationen im Zusammenhang

mit Schwangerschaft oder Schwangerschaftsabbruch – zur Behandlung in eine Klinik eingewiesen werden muss, stehen dafür in der Regel keine speziell geschulten ÄrztInnen zur Verfügung. In den meisten Fällen wird eine weniger schonende Ausschabung vorgenommen statt einer Absaugung. Auch kann eine Frau noch immer eine diskriminierende Haltung des ärztlich-medizinischen Fachpersonals erleben. Da bundesweit, so auch in Rheinland-Pfalz, die für das Thema sensibilisierten Frauenärztinnen und -ärzte nach und nach in den Ruhestand gehen, sich die jüngeren NachfolgerInnen kaum für die Geschichte des Strafparagrafen und seiner Konsequenzen für Frauen interessieren, durch fehlende Ausbildung in der Behandlung unerfahren sind und durchaus real befürchten müssen, als »Abbrucharzt/-ärztin« stigmatisiert und von AbtreibungsgegnerInnen bedroht zu

werden, wird die Versorgungslage für Frauen hier und insgesamt in Deutschland zunehmend schlechter.

„Nein, meine Frauenärztin macht das nicht. Sie war irritiert, dass ich nach dem Pillenwechsel schwanger geworden war. Ich müsse mir einen Termin in der Klinik geben lassen. Den Abbruch müsse ich selbst bezahlen. Erst im Beratungsgespräch bei pro familia erfuhr ich von der Frist und der Kostenübernahme-Regelung und wie überhaupt der Abbruch durchgeführt würde. Der Termin in der Klinik war dann fast schon in letzter Minute. In der Klinik wurde ich gut behandelt.“

Interview in Norddeutschland mit einer jungen Frau, 29 Jahre alt, ein Kind, alleinerziehend (Januar 2017)

Ulla Ellerstorfer

1986 bis 2003 Leiterin des pro familia Zentrums Mainz



Auf das Leben, die Liebe und die Lust – pro familia 2017

Basis Menschenrechte

pro familia hat die Vision einer demokratischen Gesellschaft, deren Fundamente Solidarität, Verantwortung und Gleichberechtigung sind.

Als Verband treten wir für das Recht auf selbstbestimmte Sexualität, Reproduktion und Gesundheit ein. Dies beinhaltet, dass Frauen und Paare über den Zeitpunkt und die Anzahl ihrer Kinder selbst entscheiden können.

pro familia engagiert sich für die Gleichstellung aller Geschlechter und Sexualitäten und die Vielfalt verschiedener Lebens- und Familienformen.

Jeder Mensch hat auch das Recht auf Schutz vor sexualisierter Gewalt, Misshandlung und Folter.

pro familia verurteilt jede Form sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir beteiligen uns durch unsere Angebote in der Sexualpädagogik und der Beratung aktiv an der Prävention von sexualisierter Gewalt.

Religions- und kulturübergreifend

Der Zugang zur pro familia als religions- und kulturübergreifendem Träger ist in der heutigen Gesellschaft für viele Bevölkerungsgruppen besonders niedrigschwellig. pro familia hat in den letzten Jahrzehnten durch regelmäßige Fortbildungen und Trainings viel in die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen investiert.

Die Teams der pro familia sind vielfältig bezüglich Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und Nationalität.

Ratsuchende schätzen die Akzeptanz und Wertschätzung, die ihren ganz unterschiedlichen Lebenswelten entgegengebracht werden. Viele Menschen, die wegen ihrer Herkunft, Armut, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder Behinderung am Rande der Gesellschaft stehen oder sich mit einem tabuisierten Anliegen wie Schwangerschaftsabbruch oder sexuellen Problemen an die pro familia wenden, sind hier selbstverständlich integriert. In den Beratungen schätzen sie die Offenheit, mit der die konkreten Beratungsanliegen und auch ethische Fragen über Sexualität, Beziehungen, Leben und Tod ohne ideologische Vorgaben erörtert werden können.

Wissenschaft und Qualitätssicherung

Die pro familia-Beratungsstellen sind in den bundesweiten Fachverband der pro familia – der Deutschen Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung – eingebunden und profitieren von dessen Vernetzung mit Universitäten und anderen Institutionen wie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. So kann die praktische Arbeit vor Ort ständig anhand aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse über das Familienplanungs- und Sexualverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen (z.B. Verhütungsverhalten von Minderjährigen), Entwick-

lungen in der Reproduktionsmedizin oder interkulturelle Aspekte evaluiert und optimiert werden.

Seit 2002 führen alle Einrichtungen im pro familia Landesverband Qualitätsentwicklung und -sicherung nach der EFQM-Methode durch, um systematisch Instrumente nach Best-Practice-Kriterien zu erarbeiten (z.B. zum Beschwerdemanagement, zur Erhebung der Zufriedenheit der KlientInnen und der MitarbeiterInnen, zur Vereinheitlichung von Prozessen).

Selbstverständlich sind regelmäßige Fortbildungen und externe Supervision für die Fachteams.

Interdisziplinäre Teams und Vernetzung

Die meisten pro familia-Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz haben größere Teams aus PädagogInnen, PsychologInnen, ÄrztInnen und JuristInnen. Alle sind hoch qualifizierte ExpertInnen und arbeiten interdisziplinär in den Bereichen Schwangerschaft, Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexual- und Partnerschaftsberatung zusammen, was der Qualität der Arbeit und somit den KlientInnen zugute kommt. Größere Teams bedeuten für die Ratsuchenden auch gute Erreichbarkeit (lange Öffnungszeiten)



und schnelle Terminvergabe – besonders wichtig im Schwangerschaftskonflikt oder bei Krisen.

Die pro familia legt außerdem zur bestmöglichen Versorgung der Ratsuchenden und zur Qualitätssicherung viel Wert auf regionale und überregionale Vernetzung z.B. mit Universitäten, PolitikerInnen, Fachverbänden, anderen Beratungsstellen, niedergelassenen ÄrztInnen und TherapeutInnen, Facharbeitskreisen z.B. zur Pränataldiagnostik, Runden Tischen zum Kindeswohl und zur Prävention von Gewalt und vielem mehr.

Besondere Zielgruppen

Die pro familia in Rheinland-Pfalz erreicht besonders viele Menschen in schwierigen Lebenslagen. Unter den 43.000 KlientInnen pro Jahr in Rheinland-Pfalz sind sehr viele Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge, arme Menschen und Menschen ohne Krankenversicherung oder Papiere, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung. Sie kommen oft in dringenden Notlagen wie einer ungewollten Schwangerschaft oder einer akuten Partnerschaftskrise und bekommen schnelle, unbürokratische und meist kostenfreie Hilfe.

Eine wichtige Leitlinie der pro familia besteht darin, dass die Angebote *allen* Ratsuchenden zugänglich sind – unabhängig von Geschlecht, Alter, Nationalität, Kultur, Religion, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Einkommensverhältnissen oder Behinderung. Um dies zu erreichen gibt es auch viele aufsuchende Angebote z.B. in Müttercafés für Migrantinnen, Workshops in Flüchtlingsunterkünften oder in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. pro familia legt Wert darauf, allen Ratsuchenden mit

Aufmerksamkeit und Respekt zu begegnen und auch bei Sprach- und Kulturbarrieren ausreichend Zeit für deren Anliegen zu haben.

Gesetzlicher Auftrag und neue Aufgaben

Nach wie vor ist die Schwangerschaftskonfliktberatung eines der wichtigsten Angebote der pro familia. Die BeraterInnen übernehmen je nach Region bis zu 98 % des gesetzlichen Auftrags. Die pro familia ist die erste Anlaufstelle für Ratsuchende, die eine akzeptierende Beratung über Hilfsangebote vor und nach der Geburt und den Schwangerschaftsabbruch ohne Einflussnahme auf ihre Entscheidung wünschen.

Einen starken Anstieg gab es in den letzten Jahren in der Sozialen Schwangerenberatung / Frühe Hilfen. Immer mehr Frauen und Paare brauchen rechtliche, finanzielle, praktische und psychologische Unterstützung, wenn sie Familienzuwachs erwarten. Frauen und Familien in schwierigen Lebenssituationen (z.B. alleinerziehend, in Armut lebend) werden über finanzielle Unterstützungsangebote für Schwangere sehr frühzeitig erreicht. Durch den frühen Kontakt schon in der Schwangerschaft ist die Förderung einer guten Eltern-Kind-Bindung und die Prävention von ungünstigen Entwicklungsbedingungen für Kinder möglich.

Zu den Frühen Hilfen gehören auch die gesetzlich verankerte Beratungen zur Pränataldiagnostik und zur Vertraulichen Geburt und neue Aufgaben im Bereich Kinderschutz. Beides hat auch zum Aufbau neuer Vernetzungen wie Qualitätszirkeln und Runden Tischen geführt.

Frühe Hilfen werden auch in der psychologischen Beratung von Eltern geleistet, deren Partnerschaft

durch die Schwangerschaft oder Geburt in eine Krise geraten ist. Außerdem gibt es das Angebot von Kursen für Paare zur Förderung der Kommunikations- und Konfliktkompetenz. Eltern werden so unterstützt, ihre Krisen zu überwinden und als Familie zusammen zu bleiben.

Sexualpädagogik – wirksame Prävention

Seit fünf Jahrzehnten klärt die pro familia Generationen von Jugendlichen auf, um ungewollten Schwangerschaften, sexuell übertragbaren Infektionen und

sexualisierter Gewalt vorzubeugen. Dazu gehören auch Fortbildungen für LehrerInnen und ErzieherInnen und Elternabende.

Kinder und Jugendliche, die ein altersentsprechendes Wissen über ihren Körper und ihre Sexualität haben, die in ihrem Selbstbestimmungsrecht und im Umgang mit Grenzen gestärkt werden, lernen sich gegen Grenzverletzungen zu behaupten und die Grenzen anderer zu achten. Daher ist Sexualpädagogik ein wesentlicher Beitrag zur Prävention von sexueller Gewalt und sexuellem Missbrauch. Werte, die im Rahmen der Sexualpädagogik vermittelt werden, sind Selbstvertrauen, Verantwortlichkeit,



partnerschaftliches Verhalten und Rücksichtnahme. Altersangemessene Informationen über Sexualität, Verhütung und Beziehungen werden heute ergänzt durch den verantwortungsbewussten Umgang mit neuen Medien (Cybermobbing, Pornokonsum), das Reflektieren von Geschlechterrollen und die Kultursensibilität der Angebote.

Für eine effektive und nachhaltige Prävention arbeiten die SexualpädagogInnen der pro familia bewusst nicht nur mit Kindern und Jugendlichen, sondern auch mit deren Eltern und ErzieherInnen/LehrerInnen. Sie sind in vielen pädagogischen Zusammenhängen als ExpertInnen für frühkindliche und jugendliche Sexualentwicklung, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (LSBTI), sexuell übertragbare Infektionen (STI), sexualisierte Gewalt, Prostitution und Pornografie gefragt.

Die sexualpädagogischen Angebote der pro familia orientieren sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen (z.B. die Studien über Jugendsexualität der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) und der Alltagsrealität, in der Kinder und Jugendliche heute leben. Damit Mädchen und Jungen offen und vertrauensvoll über intime Themen sprechen und entsprechend ihrer Bedürfnisse aufgeklärt werden können, bestehen die sexualpädagogischen Teams der pro familia aus Männern und Frauen, die geschlechtsspezifisch arbeiten.

Die seit Jahrzehnten erfolgreiche und an der Lebensrealität von Jugendlichen orientierte Sexualpädagogik trägt dazu bei, dass Deutschland eine der niedrigsten Raten von Schwangerschaftsabbrüchen weltweit hat.

Durch das Kennenlernen der pro familia in der Schulzeit ist der Zugang für Jugendliche und Erwachsene bei späteren Problemen in den hochsensiblen Berei-

chen Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft oft deutlich erleichtert.

Die ExpertInnen für Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft

Die pro familia kann bei vielen Problemen der heutigen Gesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität gerade von Menschen am Rande der Gesellschaft leisten, was wiederum deren Integration und Inklusion fördert. Dazu müssen sich die Ratsuchenden mit ihren vielfältigen Lebensrealitäten in der Beratungsstelle wiederfinden und akzeptiert fühlen.

Durch unsere erfolgreiche Arbeit in den Bereichen Schwangerschaft, Familienplanung, Sexualität und Partnerschaft leisten wir einen wertvollen Beitrag zur sexuellen Gesundheit und Prävention ungewollter Schwangerschaften, sexuell übertragbarer Infektionen und sexualisierter Gewalt und zum Erhalt von Partnerschaften und Familien. Seit 50 Jahren wissen Ratsuchende, dass sie uns bei intimen und tabuisierten Problemen vertrauen können und kompetente Hilfe bekommen. Sie wissen, dass sie bei der pro familia auch mit einer Entscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch akzeptiert und nicht moralisch verurteilt werden. Jährlich kommen diese Beratungsangebote über 43.000 Menschen in Rheinland-Pfalz zugute.

Contra Häusliche Gewalt – 10 Jahre Täterarbeit in Trier

Die Beratungsstelle »Contra Häusliche Gewalt« (CHG) in Trier hat 2007 ihre Arbeit aufgenommen und feiert 2017 ihr 10-jähriges Bestehen. Das Angebot richtet sich gezielt an Menschen, die Gewalt in ihren Partnerschaften ausüben oder ausgeübt haben. Sie ist die einzige ihrer Art in Trägerschaft der pro familia in Rheinland-Pfalz und insofern eine Ausnahmeerscheinung.

Täterarbeit bei pro familia?

In einem kurzen Rückblick wollen wir noch einmal einzelne Etappen Revue passieren lassen, denn die Idee der Initiierung einer Täterarbeitseinrichtung in Trägerschaft von pro familia stieß anfänglich nicht überall im Verband auf Begeisterung. Insbesondere in den Anfangstagen unserer Gründung stand häufig die Frage im Raum, ob und inwieweit Täterarbeit zum Angebot und zum Selbstverständnis der pro familia passt. In der Folgezeit gab es dann in Trier und auf Landesebene engagierte und zum Teil kontrovers geführte Diskussionen über diese Frage innerhalb des Verbands. Nicht alle waren der Auffassung, dass Täterarbeit ein pro familia Thema sei.

2006, ermutigt durch die Verabschiedung eines neuen Leitbilds für die pro familia Rheinland-Pfalz, trauten wir uns dann weiter in diese Richtung zu denken: Wenn sich die pro familia als ein Interessenverband versteht, der sich für selbstbestimmte Sexualität, sexuelle wie reproduktive Gesundheit

und Rechte sowie Geschlechtergerechtigkeit einsetzt, dann kann und sollte sie Dienstleistungen erbringen, die die Zielrichtung der Geschlechtergerechtigkeit auch täterseitig unterstützen. Denn, den Gewaltkreislauf zu beenden, gelingt nach unserer Einschätzung nur, wenn auch auf beiden Seiten – opfer- wie täterseitig – Unterstützungsarbeit stattfindet.

Nach unserem Verständnis ist Gewalt eine Verletzung des Rechts auf Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit. Sie ist Ausdruck eines Machtungleichgewichts innerhalb einer Partnerschaft und hat das Ziel, Dominanz und Kontrolle zu festigen oder (wieder-) herzustellen.

Im Beratungsalltag gab es bereits Berührungspunkte mit diesem Thema. Nicht selten begegneten uns im Rahmen der Sexual- und Partnerschaftsberatung Paare, in deren Partnerschaft Gewalt ausgeübt wurde. Dabei zeigte sich, dass hier in den meisten Fällen die Gewalt von Männern ausging.

Vor diesem Hintergrund diskutierten wir die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, ein dezidiertes Angebot für Männer zu schaffen, die Partnerschaftsgewalt ausüben. Es gab in Trier keinerlei Angebote für diese Zielgruppe. Einer unserer damaligen Mitarbeiter hatte gerade die Ausbildung zum Anti-Gewalt-Trainer absolviert und als Psychologe bereits mit Männern und Paaren zu diesem Thema gearbeitet. Wir stießen dann auf das Konzept von »Im Packhaus Kiel« und waren inspiriert und fasziniert davon, dass in Trägerschaft der pro familia schon eine Fachstelle

existiert, die sowohl mit Gewalt- als auch mit Sexualstraftätern arbeitet. Die Idee entstand, ein ähnliches Konzept auch in Trier umzusetzen.

Als ersten Schritt luden wir bereits 2006 einen Kollegen aus Kiel ein und veranstalteten mit ihm als Referenten einen Fachtag zu diesem Thema. Dies stieß auf so große Resonanz, dass sogar der damalige Justizminister Heinz-Georg Bamberger persönlich für ein Grußwort erschien. Parallel dazu fanden in dieser Zeit Kooperations- und Sondierungsgespräche mit Frauenunterstützungseinrichtungen vor Ort und

mit dem Leiter der Mainzer Modell-Täterarbeitseinrichtung statt. In Mainz erfuhren wir auch von einer landesweiten Ausschreibung des Innenministeriums. Geplant war, Täterarbeitseinrichtungen zum Thema Häusliche Gewalt flächendeckend in Rheinland-Pfalz zu etablieren. Daraufhin bewarben wir uns für den Landgerichtsbezirk Trier und bekamen Anfang 2007 den Zuschlag. Seitdem arbeiten wir mit einer männlichen Halbtagskraft und einer weiblichen Honorarkraft im Rahmen von Beratung und wöchentlichen Gruppentrainings.



Beratung auch für Sexualstraftäter

Das Justizministerium plante zur selben Zeit, neben Einrichtungen zur Häuslichen Gewalt auch das Angebot für Sexualstraftäter auszubauen und eine weitere Einrichtung zur Nachbehandlung von Sexualstraftätern zu initiieren. Bis dahin gab es nur eine Psychotherapeutische Ambulanz der Justiz in Ludwigshafen. Die Bereitschaft von pro familia, sich Sexualstraftätern zuzuwenden, resultierte aus ähnlichen Überlegungen, wie bei häuslicher Gewalt. Auch bekamen wir immer wieder Therapieanfragen von Männern, die die sexuelle Selbstbestimmung anderer missachtet und sich damit strafbar gemacht hatten. In der ganzen Region gab es zu diesem Zeitpunkt kein entsprechendes Angebot für erwachsene Sexualstraftäter.

2008 besuchten wir dann eine Einrichtung zur Behandlung von Sexualstraftätern in Stuttgart. Dort sprachen wir mit dem Leiter über seine Arbeitsweise und das zugrundeliegende Konzept. Auch führten wir Gespräche mit möglicherweise an einer solchen Arbeit interessierten Fachkräften. Wir erstellten dann selbst ein Konzept über die psychotherapeutische Behandlung von Sexualstraftätern. Da es in der Region bereits ein stationäres therapeutisches Behandlungsangebot für jugendliche männliche Sexualstraftäter gab, konzentrierten wir uns auf Erwachsene. So entstand ab 2009 »PAJu Trier«, die Psychotherapeutische Ambulanz zur Behandlung von Sexualstraftätern. Nach Abschluss der erfolgreichen Aufbauphase wurde die Trägerschaft an das Justizministerium Rheinland-Pfalz zurückgegeben. Die Arbeit der Einrichtung wird bis heute, als Mitglied des von uns initiierten Fachbeirats, begleitend unterstützt.

Durch den Umzug der pro familia Trier ins Trierer Mehrgenerationenhaus mussten wir uns von unserer Vision einer Fachstelle nach dem Vorbild Kiel inklusive der Beratung von Sexualstraftätern verabschieden. »Alles unter einem Dach« war – unter anderem durch eine Kinderkrippe im Haus – nicht mehr möglich, jedoch wurde für die PAJu Trier ein guter neuer Standort gefunden.

Heute, 10 Jahre später, sind wir mehr denn je der Überzeugung, damals den richtigen Schritt gemacht zu haben – und auch ein wenig stolz auf unsere Beharrlichkeit. Einerseits hatten wir den Mut, innovative Schritte zu gehen und damit eine Versorgungslücke zu schließen, andererseits hat die pro familia durch diese neuen Arbeitsfelder in der öffentlichen Wahrnehmung zusätzlich an Reputation hinzugewonnen.

*Claudia Heltemes,
Geschäftsführerin pro familia Trier*

*Michael Charles,
Berater bei pro familia Trier und
Contra Häusliche Gewalt*

Roxanne – Prostituiertenberatung in Koblenz

„Roxanne

You don't have to put on the red light

Those days are over

You don't have to sell your body to the night“

Meine Generation, in den frühen 1960er Jahren geboren, kennt diese Zeilen und hat den Song »Roxanne« von The Police tausendfach gehört. Ein Welthit über den inneren Dialog von Gordon Sumner (Sting) mit einer Prostituierten, die er der Legende nach auf einer Konzertreise 1977 in Paris von einem Hotelzimmer aus beobachtete.

Als es Anfang 2009 darum ging, einen Namen für die neue Prostituiertenberatungsstelle in Koblenz zu finden, drang mir der im Refrain dramatisch langge-

zogene und mit hoher Stimme fast beschwörend herausgeschriene Name »Roxanne« ganz automatisch ins Bewusstsein. Die Idee, diesen Songtitel als Name zu übernehmen, stieß auf Gegenliebe im Vorstand und im Team.

In Stings Songtext lässt sich übrigens viel Interessantes entdecken. Respekt, genauso wie Bevormundung: „*You don't have to sell your body to the night*“, eine ordentliche Schippe Einsamkeit und Sehnsucht – schließlich waren die Jungs viel auf Achse und fern der Heimat – sowie Fürsorge oder vielleicht doch eher männliches Besitzdenken: „*I won't share you with another boy*“? Deutlich ist zu spüren, dass Sting die Frau, die er beobachtet, als komplexe Persönlichkeit wahrnimmt. Er reduziert sie nicht auf den



sexuellen Aspekt, schaut genau hin und sieht mehr als die professionelle Inszenierung.

Akzeptanz und umfassende Beratung

Gehen wir aber noch mal einen Schritt zurück. Im Dezember 2007 erfolgte im Rheinland-Pfälzischen Landtag mit breiter Mehrheit der Beschluss, eine Ausstiegsberatung für Prostituierte in Rheinland-Pfalz zu etablieren. Mit einer Fokussierung der Beratungsstellenarbeit auf den Ausstieg taten wir uns im Vorfeld der Bewerbung auf die Trägerschaft allerdings schwer. Einerseits wollte pro familia Koblenz gerne die Aufgabe übernehmen, andererseits lag uns eine breitere Konzeption am Herzen, die vor allem im Sinne eines Empowerments wirken sollte. Als wesentliches Ziel erschien uns unabdingbar, dass Frauen in der Sexarbeit, die *nicht* aussteigen wollen, darin unterstützt werden, selbstbestimmt zu arbeiten, ihren Gesundheitsschutz gut zu organisieren, geschäftliche Kompetenzen zu erwerben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Auch eine Einstiegsberatung im Sinne von Prävention erschien uns grundsätzlich sinnvoll.

Wir hatten viele Informationen eingeholt und mit erfahrenen Expertinnen gesprochen. Christiane Howe, Soziologin und ehemals im pro familia Bundesvorstand, Mechthild Eickel, Beratungsstelle für Sexarbeiterinnen »Madonna« in Bochum, Rosina Juanita Henning, Beratungsstelle »Doña Carmen« in Frankfurt und andere gaben uns tiefe Einblicke in die Szene und ihre Besonderheiten. Bald war uns klar, dass eine akzeptierende Haltung der Sexarbeit eine Grundbedingung sein muss. Dass es nicht darum geht, den Frauen zu sagen, dass sie

ein falsches Leben führen oder sich unmoralisch verhalten. In der Bewerbungsphase haben wir dann auch aushandeln können, dass die Beratung in der geschilderten Vielfalt erfolgen durfte. Unser erweitertes Konzept wurde akzeptiert, Roxanne konnte starten.

Heute ist Roxanne eine feste Größe in der Beratungslandschaft im nördlichen Rheinland-Pfalz. Wir sind vor Ort wie auch überregional gut vernetzt. Die hauptamtliche Fachkraft Christiane Bangert ist Sozialpädagogin mit systemischer Beratungsausbildung, eine hervorragende Wahl und seit der ersten Stunde dabei. Ihr zur Seite stehen mittlerweile zwei Kolleginnen: Marinela Botgros, gebürtige Rumänin, und Deyana Zhevela, die aus Bulgarien stammt. Beide sind Sozialarbeiterinnen und nicht zuletzt auch wegen ihrer Sprachkenntnisse ein großer Gewinn für die aufsuchende Arbeit (Streetwork) sowie für die Beratung in den Räumen von Roxanne.



Die Beratungsstelle ist über die Jahre gewachsen, zuletzt hat das Land die Förderung für 2017 nochmals deutlich erhöht. Dennoch ist es eine vergleichsweise kleine Einrichtung. Gemeinsam kommen wir (Fachkräfte, Leitung und Verwaltung) auf 38 Wochenstunden.

Im Alltag kommt der aufsuchenden Arbeit in Terminwohnungen, Laufhäusern, Bordellen, auf dem Straßenstrich und an den Lustmobilen die größte Bedeutung zu. Ein Zuwarten in der Beratungsstelle, dass doch die Sexarbeiterinnen von alleine kommen mögen, kann man sich sparen. Hierzu braucht es Vertrauen, dass draußen erworben wird.

Unruhe durch das neue Prostituiertenschutzgesetz

Die aktuell eingetretene Gesetzesänderung durch das neue Prostituiertenschutzgesetz hat viel Verwirrung gestiftet und Ängste bei den Sexarbeiterinnen geweckt. Dass tatsächlich Prostituierte von dem Gesetz profitieren werden, ist kaum zu erwarten. Kleine, selbständig geführte 2-3-Frauen-Etablissements können sich mit den Anforderungen des neuen Gesetzes wohl kaum halten. Welche Wohnung hat schon getrennte Damen- und Herrentoiletten, einen Notausgang, einen besonderen Brandschutz und wird nicht auch zum Alltagswohnen genutzt? Begünstigt werden durch die Anforderungen an Betriebsstätten wohl eher Großbordelle. Die geforderte Anmeldung als Prostituierte wird von den Frauen aus verschiedenen Gründen als Belastung angesehen. Was ist beispielsweise, wenn ein Familienmitglied oder sonst eine Person, die von der Beschäftigung als Prostituierte nichts wissen soll,

das mitzuführende Dokument (»Hurenpass«) findet? Anderes Beispiel: Die verpflichtende Gesundheitsberatung ist einerseits zu befürworten, andererseits müssen die Frauen dafür bezahlen, obwohl eine Behandlung, falls erforderlich, nicht damit verbunden ist.

Ämter (Ordnungsämter, Gesundheitsämter) sind für die neuen Aufgaben personell nicht wirklich gut ausgestattet und stehen den neuen Herausforderungen noch weitgehend ratlos gegenüber.

Die Mitarbeiterinnen von Roxanne tun alles, um in dieser schwierigen Umbruchsituation den Sexarbeiterinnen, aber auch Ämtern, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Flankierend bleibt auch die gesellschaftspolitische Arbeit notwendig. Es geht darum, Mythen durch Information zu ersetzen, zu entstigmatisieren und zielführende Alternativen aufzuzeigen.

Wir sind seit 2009 auf einer spannenden Reise und freuen uns, 2017 mit »Luna LU« eine Partnereinrichtung in Trägerschaft der pro familia Ludwigshafen dazu gewonnen zu haben. Unseren Kolleginnen in Ludwigshafen rufen wir zu: *„Freut Euch auf ein lohnendes, herausforderndes, vielfältiges, exotisches und schillernd farbenfrohes Arbeitsfeld! Zieht Euch aber auch warm an! Auf der Straße weht zuweilen ein kalter Wind, nicht alle freuen sich wenn ihr kommt und Manches läuft ins Leere. Aber bleibt dran! Es macht wirklich Sinn.“*

Achim Klein
Geschäftsführer pro familia Koblenz und von
Roxanne – Prostituiertenberatung in Koblenz



Landau – „Das Love-Mobil kommt“

So kündigen wir in der Regel den Einsatz mit unserem Bus an. Manchmal sorgt dies für leichte Irritationen oder völlig falsche Vorstellungen – aber ins Gespräch kommen wir so immer.

pro familia Landau bewarb sich mit einer Projektidee erfolgreich bei »Herzessache e.V.«, der Kinderhilfsaktion von SWR, SR und Sparda-Bank, und verfügt seit 2015 über einen Opel Vivario. Zwischen der Idee



und der Übergabe des Busses lag ein sehr aufwendiges Bewerbungsverfahren, ein ausdifferenziertes Konzept und Papier, Papier, Papier ...

Dann war es endlich soweit.

Schon lange war es pro familia Landau ein Anliegen, besonders im ländlichen Raum eine Möglichkeit zu haben, sich auf Jugendliche und Ratsuchende zu zubewegen. Der Bus sollte einen niederschweligen Zugang sowohl in der Sexualpädagogik als auch der Schwangerensozialberatung bieten. Das Fahrzeug wurde mit sexualpädagogischen Anschauungsmaterialien und Infobroschüren rund um die Schwangerschaft ausgestattet. So gerüstet konnten wir nun kleinere Orte in der ländlichen Region anfahren, Informationen anbieten und spontan vor Ort individuelle Beratungen durchführen. In Kooperation mit dem regionalen Arbeitskreis »Sexualität und Behinderung« konnten wir auch Behindertenwerkstätten und Wohnheime mit einbeziehen.

Herzenssache hat uns mit dem Bus einen Herzenswunsch erfüllt! Aber wie so oft weichen Wunsch und Realität etwas voneinander ab.

Was kann das Love-Mobil leisten?

Es ist hervorragend geeignet die Aufmerksamkeit auf pro familia zu lenken. Bei Veranstaltungen oder Stopps in den Verbandsgemeinden konnten wir die Angebotspalette von pro familia bekanntmachen und viele Fragen zu unserer Arbeit beantworten. Es sprach sowohl die breite Öffentlichkeit als auch MultiplikatorInnen sehr an.

Was funktioniert nicht wie geplant?

Individuelle, persönliche Beratung im Bus fand kaum statt. Er ersetzt keinen geschützten Beratungsrahmen. Es wurden Termine vereinbart oder unsere

Rufnummer mitgegeben. In der Regel erfolgte dann das Beratungsgespräch in unserer Beratungsstelle.

Was haben wir unterschätzt?

Die laufenden Kosten und die erforderlichen personellen Ressourcen. Bereits bei der Anschaffung war eine Eigenbeteiligung erforderlich und die Zusicherung, das Fahrzeug langfristig zu nutzen. Versicherungen und Wartungsarbeiten müssen jährlich aus unserem Haushalt bestritten werden. Hinzu kommen unvorhersehbare Reparaturkosten. Die Teilnahme an Veranstaltungen oder eigene Veranstaltungen benötigen Zeit, Engagement und Flexibilität. Neben dem Beratungsalltag erweist sich dies schwieriger als erwartet.

Wie geht es weiter?

Damit unser Love-Mobil künftig häufiger zum Einsatz kommt, hoffen wir in absehbarer Zeit ehrenamtliche Unterstützung zu finden – zum Beispiel vom Jugend-Netzwerk »pia« (pro familia in action). Eine gemeinsame Kneipentour in Landau verlief äußerst positiv und wir sind dabei, gezielt eine Aktion mit Einbindung des Busses zu planen.

Sicher ist: Das Love-Mobil rollt weiter ...

Christel Hellbach

Geschäftsführerin pro familia Landau

Liebelle – Sexualberatungsstelle für Menschen mit geistiger Behinderung in Mainz

Sexualität und Behinderung

Die Sexualität von Menschen mit Behinderung ist nach wie vor ein Tabuthema. Studien zur Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit Behinderung in Deutschland zeigen immer wieder, dass sie zwei- bis dreimal häufiger Opfer von sexueller Gewalt werden als Mädchen und Frauen ohne Behinderung. Hauptrisikofaktoren dafür sind ihre eingeschränkte Körperwahrnehmung und Kommunikationsfähigkeit, eine hohe Tendenz zur Vereinsamung sowie fehlende Aufklärung und Information über den Körper, Sexualität und das Eingehen und Gestalten von Beziehungen. Diese Risikofaktoren stellen auch hemmende Bedingungen für das selbstbestimmte Leben von Partnerschaft und Sexualität für Menschen mit Behinderung dar.

pro familia Mainz bietet seit vielen Jahren Beratung zur Familienplanung und Aufklärungsveranstaltungen für Menschen mit Behinderung an. Die sexualpädagogischen Workshops über den Körper, Sexualität, Verhütung und Partnerschaft beinhalten immer auch die Prävention von sexualisierter Gewalt. Begleitend werden Elternabende und Fortbildungen für Fachkräfte zum Thema »Sexualität und Behinderung« angeboten. Alle Veranstaltungen finden in Kooperation mit Werkstätten, Bildungs- oder Wohneinrichtungen statt.

Bei gemeinsam durchgeführten Seminaren, stellten wir immer wieder fest, wie groß der Bedarf nach Beratung über Partnerschaft und Sexualität bei

Menschen mit geistiger Behinderung ist. Wegen der Tabuisierung von Sexualität und Behinderung, werden viele Menschen mit Behinderung nicht aufgeklärt und haben keine Möglichkeit, ihre Sexualität zu entdecken und zu leben. Eltern fühlen sich oft überfordert mit den Bedürfnissen ihrer – oft schon erwachsenen – Kinder und in vielen Einrichtungen gibt es kein Konzept für den Umgang mit Sexualität und keine Fortbildungen für die MitarbeiterInnen.

Die Liebelle wird geboren

So kamen 2013 die pädagogische Leitung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WFB) in Mainz (heute »in.betrieb«) Petra Hausschild, die Dozentin für Sonderpädagogik der Universität Mainz Dr. Svenja Heck (heute Professorin an der Hochschule Darmstadt) und das sexualpädagogische Team der pro familia auf die Idee, eine Beratungsstelle für Menschen mit geistiger Behinderung einzurichten, die auch Beratung für Angehörige und Fortbildungen für Fachteams anbieten sollte. Als Modellprojekt war uns auch die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation sehr wichtig. Ein Name war schnell gefunden: »Liebelle« von Liebe und Beratungsstelle. Nach vielen Recherchen, Diskussionen, Änderungen und Rückschlägen wurde dann bis 2014 ein Konzept für eine integrierte *Beratungs-, Forschungs- und Bildungsstätte zu Sexualität und geistiger Behinderung* als Modellprojekt der drei Kooperationspartner WFB,

pro familia und Universität Mainz entwickelt und die Förderung durch das Land und die Aktion Mensch beantragt.

Die Liebelle ist mit der Kombination aus Beratung, Forschung und Bildung zum Thema Sexualität und geistige Behinderung deutschlandweit einzigartig. Übergeordnetes Ziel ist, Menschen mit geistiger Behinderung einen positiven Zugang zu Liebe, Partnerschaft und Sexualität zu vermitteln und sie darin zu unterstützen, ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung wahrnehmen zu können. Damit trägt die Liebelle ganz wesentlich zu einer Förderung von Inklusion und Teilhabe bei.

Die Liebelle fliegt ...

Das Modellprojekt wurde dann von der Aktion Mensch für drei Jahre genehmigt. Das Land sah sich wegen der Schuldenbremse nicht in der Lage, sich an den Kosten zu beteiligen. Das Konzept beinhaltet

zwei halbe Stellen für die sexualpädagogischen MitarbeiterInnen sowie Supervisions-, Overhead- und Sachkosten. Im Rahmen einer baulichen Erweiterung, stellte die WFB der Liebelle Räume zu Verfügung, die barrierefrei renoviert wurden. Die Nähe der neuen Beratungsstelle zu den Werkstätten ist ein großer Vorteil für einen niedrigschwelligen Zugang. Die WFB übernimmt auch die 30 Prozent der Kosten, die nicht durch die Projektgelder der Aktion Mensch abgedeckt sind. Die pro familia beteiligt sich mit sexualpädagogischem Knowhow und personell und Svenja Heck führt die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation durch.

Im Juni 2015 konnte die Liebelle dann mit einiger Verspätung durch Verzögerungen bei den aufwendigen Umbauten – so musste ein ganz neuer Aufzug eingebaut werden – in den frisch fertig renovierten, komplett barrierefreien Räumen eröffnet werden. Nach der langen Vorlaufzeit war es für alle Beteiligten fast ein wenig unwirklich, jetzt tatsächlich in den Räumen der Liebelle zu stehen



und endlich mit der Arbeit beginnen zu können. Die Stellen wurden mit zwei jungen und sehr engagierten SozialpädagogInnen besetzt: Lotta Brodt und Lennart Seip.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz, bedankte sich bei der Eröffnung ausdrücklich für das Engagement der Kooperationspartner, die die Kraft und den Mut aufgebracht haben, das Tabuthema aus der Ecke zu holen. Die unterschiedlichen Kompetenzen und langjährigen Erfahrungen aus der Arbeit mit Menschen mit Behinderung, Sexualpädagogik und -beratung und Hochschule mache dieses Projekt einzigartig in Deutschland und schließe eine Lücke in der Beratungslandschaft.

Nachfrage und Forschungsergebnisse

Die Auswertung der Nachfrage zeigt, dass die Beratungsangebote der Liebelle zu Dreivierteln von Menschen mit Behinderung genutzt werden. Die meisten sind zwischen 18 und 30 Jahren alt. Die häufigsten Beratungsthemen waren Partnerschaft, Verhaltensauffälligkeiten/sexualisiertes Verhalten und Sexualaufklärung. Insgesamt ist das Themenspektrum sehr vielfältig. Steigend ist die Nachfrage von Förderschulen nach Aufklärungsangeboten für SchülerInnengruppen.

Die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigen vor allem die fehlende Unterstützung von Angehörigen und Fachkräften im Umgang mit dem Thema Sexualität. Für Eltern steht die Behinderung ihres Kindes oft ganz dominant im Vordergrund und Sexualität und Partnerschaft werden bei den vielfältigen

täglichen Belastungen eher als »Luxusthemen« und teilweise auch als bedrohlich erlebt. Eltern und Angehörige fühlen sich sehr verantwortlich und tragen oft auch tatsächlich die Verantwortung für ihre Kinder bis ins hohe Erwachsenenalter. Sie leiden unter Scham- und Schuldgefühlen. Diese Ergebnisse zeigen den großen Bedarf, Eltern durch Fachkräfte zu entlasten und sie darin zu unterstützen, eine positive Vorstellung hinsichtlich der Sexualität und Partnerschaft bei ihren Kindern zu entwickeln.

Die Interviews mit Fachkräften zeigten, dass häufig ein haltgebender Rahmen zur professionellen Beziehungsgestaltung im Kontext der Thematik Sexualität und Partnerschaft bei Menschen mit geistiger Behinderung fehlt. Dies kann sowohl zu einer uneingeschränkten Offenheit ohne ausreichende Reflexion der Grenzen als auch zur kompletten Abwehr des Themas führen. Sexualität und Partnerschaft sollten dringend als Themen in die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte aufgenommen werden. Sie sollten mehr Möglichkeiten zur Supervision und zur Unterstützung durch spezialisierte Beratungsstellen bekommen.

... und wird weiter fliegen

Konkret ist für die nächste Zeit geplant, als Ergänzung zur Beratung die Vernetzung mit therapeutischen Angeboten für Menschen mit geistiger Behinderung aufzubauen. Dies ist sehr schwierig, da die meisten PsychotherapeutInnen sich für diese Zielgruppe nicht kompetent fühlen. Auch die Vernetzung von Eltern, die an einem Austausch untereinander interessiert sind, soll zum Beispiel in Form eines Stammtischs unterstützt werden.

Am wichtigsten ist es jetzt jedoch, die Weiterfinanzierung der Liebelle nach dem Förderzeitraum durch die Aktion Mensch, der im Mai 2018 endet, sicher zu stellen. Die Nachfrage ist weit höher als das, was mit den vorhandenen Ressourcen geleistet werden kann. Vor allem Anfragen nach der Vorstellung des Konzepts und der praktischen Erfahrungen der Liebelle von Einrichtungen der Behindertenhilfe, die Teilnahme an Fachveranstaltungen, die Beratung von Teams weiter entfernter Einrichtungen und Präven-

tions- und Aufklärungsangebote für Förderschulen können oft nicht erfüllt werden. Von daher wäre es sinnvoll, die Personalstunden aufzustocken und das Angebot auszubauen, um Menschen mit geistiger Behinderung weiter darin zu unterstützen, ihre Rechte auf selbstbestimmte Sexualität und Partnerschaft wahrnehmen zu können.

Dr. Gisela Hilgefort

Geschäftsführerin pro familia Beratungsstelle Mainz



Gegen die Aufklärung – über »besorgte Eltern«

Es begann irgendwann 2013. Auf Elternabenden tauchten plötzlich Eltern auf, die misstrauische Fragen stellten und die Kompetenz der SexualpädagogInnen anzweifelten. Auch gab es auf einmal – allerdings erst Monate nach sexualpädagogischen Veranstaltungen – schriftliche Beschwerden von Eltern, dass ihre Kinder durch die Aufklärung verun-

sichert oder verstört seien, obwohl die direkten Rückmeldungen der SchülerInnen selbst positiv waren. So beschwerte sich eine Mutter schriftlich bei der pro familia Mainz, dass ihr Sohn in der sechsten Klasse als Hausaufgabe nach dem Sexualkundeunterricht Kondome kaufen sollte. Auf unsere Antwort, dass wir keine Hausaufgaben aufgeben und an Kinder unter



14 auch keine Kondome abgeben, schrieb sie, dass diese Aufgabe nicht von der pro familia gekommen sei und sie sich wohl missverständlich ausgedrückt habe. Da sich genau dieselben Vorwürfe auch in einem Artikel von Martin Voigt in der FAZ fanden, der jedoch erst *nach* der Beschwerde an uns erschienen ist, bekamen wir den Eindruck einer organisierten Kampagne. Die Mutter beendete ihren Brief dann auch mit: *„Wir sind mittlerweile eine Gruppe von Leuten, die sich gegen solchen ‚Unterricht‘ wehrt! Wir wachsen und werden weitermachen!“*

Frühsexualisierung und Umerziehung?

Der Artikel des Münchner Soziologen und Germanisten Martin Voigt in der FAZ im Oktober 2014 ist der erste einer Reihe von extrem negativen Artikeln über die Sexualpädagogik an Schulen. Er beginnt damit, dass eine 12-Jährige als Hausaufgabe Kondome kaufen soll. Kondome unterliegen keiner Altersbeschränkung – trotzdem gibt es einen Konsens in der Sexualpädagogik, Jugendliche erst ab 14 Jahren damit in Berührung zu bringen, da Sexualität mit unter 14-Jährigen strafbar ist. Voigt beschreibt dann weiter, wie durch Sexualpädagogik die heterosexuelle Normalität und die traditionelle Familie bedroht würde. *„Vom ersten Bilderbuch bis zum Abitur soll die Vorstellung von Vater/Mutter/Kind ‚entnormalisiert‘ werden. Über eine Online-Petition des Realschullehrers Gabriel Stängle gegen den grün-roten Bildungsplan in Baden-Württemberg erfahren viele Eltern das erste Mal davon, dass sich hinter der angeblichen Sensibilisierung für vielfältige Lebensformen Frühsexualisierung und Umerziehung verbergen.“* (FAZ 23.10.2014)

Diese Onlinepetition »Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens« des Schwarzwälder Realschullehrers Gabriel Stängle, der einer evangelikalischen Freikirche angehört, richtete sich gegen den neuen Bildungsplan, der 2015 in Baden-Württemberg für die allgemeinbildenden Schulen in Kraft treten sollte. In einem Entwurf hatte der Stuttgarter Kultusminister Andreas Stoch (SPD) ausgeführt, dass Kinder und Jugendliche künftig lernen sollten, mit *„allen sexuellen Identitäten selbstverständlich umzugehen“*. Schulen sollten *„Orte der Toleranz und des Miteinanders sein, nicht Orte der Ausgrenzung“*.

Stängle sah in dem neuen Bildungsplan *„eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung an den allgemeinbildenden Schulen.“* Er schreibt, dass die LSBTTIQ-Gruppen die Thematisierung verschiedener Sexualpraktiken in der Schule als *„neue Normalität“* propagieren würden. Im Entwurf fehle *„komplett die ethische Reflexion der negativen Begleiterscheinungen eines LSBTTIQ-Lebensstils, wie die höhere Suizidgefährdung unter homosexuellen Jugendlichen, die erhöhte Anfälligkeit für Alkohol und Drogen, die auffällig hohe HIV-Infektionsrate bei homosexuellen Männern, ... die deutlich geringere Lebenserwartung homo- und bisexueller Männer, das ausgeprägte Risiko psychischer Erkrankungen bei homosexuell lebenden Frauen und Männern.“* (openpetition.de)

Queere Lebensweisen neben der »alten Normalität« heterosexuellen Lebens in den Unterricht einzubeziehen, gefährde seiner Meinung nach den im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Ehe. Stängle sieht durch den Bildungsplanentwurf Gesetz, Demokratie und Menschenwürde in Frage gestellt. Außerdem geht er davon aus, dass man die sexuelle Identität irgendwie »anerziehen« könnte.

Gegen LSBTI und Gleichstellung

Es entwickelte sich eine bundesweite Kampagne gegen die Sexualpädagogik. Die »Besorgten Eltern« gründeten sich als Initiative gegen einen Sexualkundeunterricht, der die Akzeptanz der Vielfalt von Sexualität und Lebensformen thematisiert. Auf ihren Demonstrationen gegen Sexualkunde in der Grundschule »Demo für alle«, treten regelmäßig bekannte Rechtsextreme auf.

Die Geschichte, die die GegnerInnen erzählen, ist immer dieselbe: In der Sexualkunde in der Kita oder Schule arbeiten Anbieter einer sexualfreundlichen Sexualpädagogik wie pro familia auf der wissenschaftlichen Grundlage von pädophilen Sexualwissenschaftlern, die sich in den 1970er Jahren nicht vom Missbrauch an Kindern abgrenzten. Die SexualpädagogInnen konfrontieren Kinder viel zu früh mit sexuellen Details, was deren Schamgefühl und Grenzen verletzt und ihrer Entwicklung schadet. Die Darstellung von Sexualität erfolgt nur unter dem Lustaspekt. Liebe und Beziehungen werden vernachlässigt. Dabei werben die SexualpädagogInnen auch noch für das gleichberechtigte Nebeneinander unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Identitäten sowie andere Formen der Familie als traditionell mit Vater-Mutter-Kind. Als Beispiele beschreiben die GegnerInnen sexualpädagogische Methoden, die, aus dem pädagogischen Zusammenhang gerissen, befremdlich und grenzverletzend wirken.

„Letztlich verfolgt Gender das Ziel, die Entstehung des menschlichen Lebens zu verhindern durch Förderung der Homosexualität, Verhütung und Abtreibung. Wo dies nicht gelingt, wird die Familie als Keimzelle glücklicher Kinder gezielt zerstört. Damit diese Absichten der Öffentlichkeit verborgen bleiben, wurde die

Gender-Ideologie über die Mainstreammedien in wunderbare Worte wie Gleichstellung, Gleichberechtigung, Familienrechte, reproduktive Gesundheit und Fairness verpackt. So wurde Gender zum trojanischen Pferd für eine weltweite Geburtenkontrolle! Die Gender-Ideologie ist ... eindeutig gegen die Fortpflanzung des menschlichen Lebens gerichtet“ (aus: Die verborgenen Wurzeln der ‚modernen‘ Sexualaufklärung 2015. Broschüre der »Besorgten Eltern«). Als „*Drahtzieher der Gender-Ideologie in Deutschland*“ werden die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, das Institut für Sexualpädagogik, die Gesellschaft für Sexualpädagogik sowie die pro familia genannt, die mit diesem Namen ihre „*unglaublichen Ziele zur Bevölkerungsreduzierung*“ tarne.

Anja Henningsen, die an der Universität Kiel Juniorprofessorin für Sexualpädagogik ist, geht denn auch davon aus, dass die Elternaktivisten den Aufklärungsunterricht ganz bewusst missverstehen. „*Ein guter Sexualkundeunterricht greift die Themen auf, die im Alltag der Kinder und Jugendlichen eine Rolle spielen. Es ist hanebüchen, so zu tun, als wäre er damit eine Werbeveranstaltung für Pornografie und homosexuellen Lebensstil*“, sagt sie. In Wahrheit führe die Elternbewegung einen „*subtilen Kampf gegen Homosexualität*“: (Spiegel online 12.02.2015)

Ursachen des Rückwärtsstrebens

Beim sensiblen Thema Sexualaufklärung kommen aktuell mehrere Entwicklungen zusammen. Zum einen hat das größere Bewusstsein für Missbrauch an Kindern dazu geführt, dass ein unbefangener Umgang mit Nacktheit und Körperlichkeit, wie er sich durch die gesellschaftlichen Veränderungen in

den 1970er Jahren entwickelt hatte, heute kaum noch möglich scheint. Väter baden nicht mehr mit ihren Kindern, Kitas stellen im Sommer keine Planschbecken mehr in den Garten und selbst am Strand tragen schon kleinste Kinder Badehose und Bikini. Zum anderen werden gesellschaftliche Interessengruppen immer lauter, denen die Emanzipation der

Frauen und die Akzeptanz von nicht heterosexuellen Lebensweisen inzwischen viel zu weit geht, und die ihre religiös fundierten Vorstellungen über die Geschlechterrollen und die Familie bedroht sehen. Hinzu kommt, dass wir in wirtschaftlich und politisch unsicheren Zeiten leben und dies alles zusammen einen Rückschlag zurück zu traditionellen Einstellun-



gen bewirkt. Die Interessengruppen hinter diesem Rückschlag decken ein breites Spektrum ab: von gemäßigten Konservativen und Rechtsliberalen, über die AfD und politisch Rechte bis hin zu Neonazis und religiösen FundamentalistInnen.

Sexualpädagogik ist Prävention

Natürlich möchten Eltern nicht, dass ihre Tochter oder ihr Sohn im Sexualkundeunterricht mit Dingen konfrontiert werden, die sie verstören und ihr Schamgefühl und ihre Grenzen verletzen. So führte die Kampagne gegen die Sexualpädagogik bei vielen Eltern aber auch ErzieherInnen und LehrerInnen zur Verunsicherung, welche sexuellen Verhaltensweisen altersangemessen sind, wann sie eingreifen müssen und welche Art der Aufklärung für die Kinder am besten ist.

Es hat sich seit vielen Jahren bewährt, wenn Kindertageseinrichtungen und Schulen beim Thema Sexualkunde mit externen ExpertInnen zusammenarbeiten, die als Ergänzung zur Sexualerziehung durch die Eltern und durch Kitas und Schulen den Kindern und Jugendlichen noch einmal einen ganz anderen Rahmen bieten können. Wenn sie in getrennten Mädchen- und Jungengruppen arbeiten, haben die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die sie vor der ganzen Klasse oder auch den LehrerInnen und den eigenen Eltern nicht stellen würden.

Es wäre sehr schädlich, wenn die positiven Errungenschaften einer modernen, wissenschaftlich basierten und an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientierten Sexualaufklärung wieder zurück gedrängt würden, was bei Jugendlichen zu einer

Zunahme ungewollter Schwangerschaften, sexueller Infektionen und größerer Hilflosigkeit gegenüber Übergriffen und sexuellem Missbrauch führen würde. Dies kann man in den USA beobachten, wo George W. Bush die Sexualpädagogik zugunsten der »Kein-Sex-vor-der-Ehe-Kampagne« abgeschafft hat. Das geht an der Lebensrealität der meisten Jugendlichen vorbei und hat zusammen mit mangelndem Wissen über Fruchtbarkeit und Verhütung zu einem sprunghaften Anstieg ungewollter Schwangerschaften in den USA geführt. Dort kommen heute 35 Schwangerschaften auf 1.000 Minderjährige. Deutschland hat seit Jahren eine der niedrigsten Quoten an Teenagerschwangerschaften weltweit. Hier sind es 10 auf 1.000 Mädchen.

Um so wichtiger ist es, dass Kitas, Schulen, Eltern und SexualpädagogInnen im Vorfeld geplanter Veranstaltungen gut zusammenarbeiten, um Fragen zu beantworten, Befürchtungen Raum zu geben und vor allem darstellen zu können, was eigentlich in den Veranstaltungen gemacht wird, wenn die SexualpädagogInnen mit den Kindern und Jugendlichen allein arbeiten. So können sie erfahren, was das Menschenbild und die Wertvorstellungen sind, auf denen unsere sexualpädagogische Arbeit basiert, welche Methoden mit welchen Inhalten und welcher Zielrichtung eingesetzt werden und die SexualpädagogInnen auch persönlich kennen lernen.

No choice – über Abtreibungsgegner

Ein wissenschaftlicher Blick auf Abtreibungsgegner

Ulrike Busch, Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Merseburg, beleuchtet die Gründe für die Zunahme der Aktivitäten von Abtreibungsgegnern. Nach ihrer Analyse ist der gesellschaftliche Nährboden dafür eine Koalition des Patriarchats, der Kirchen und der Konservativen. Diese Koalition setzt das Lebensrecht eines Embryos wegen seiner Schutzbedürftigkeit über die Rechte von Frauen auf Selbstbestimmung und Gesundheit. Wer Verfügungsrecht über das Leben hat ist heute – auch in unserer Rechtssprechung – von christlichen Vorstellungen geprägt. Im Christentum gehört jedes Leben allein Gott und die »Frucht« wird als Teil des Körpers der Mutter gesehen. Ein Leben entsteht bei der »Beseelung«. Eine Abtreibung ist ab diesem Zeitpunkt Sünde. Bis zum 18. Jahrhundert ging die katholische Kirche von einer schrittweisen Beseelung aus, so dass Abtreibungen am Anfang der Schwangerschaft möglich waren. Seit dem 18. Jahrhundert vertritt die katholische Kirche jedoch die Vorstellung der »simultanen Beseelung« im Moment der Befruchtung. Ein Schwangerschaftsabbruch ist daher in diesem Denksystem zu jedem Zeitpunkt die Tötung eines Menschen. Befruchtete Eizellen, Embryos, Föten und geborene Kinder werden gleich gesetzt. Das Leben von schwangeren Mädchen und Frauen zählt dagegen weniger.

Die Urteile des Bundesverfassungsgerichts über den Schwangerschaftsabbruch (1975 und 1993) beru-

hen ebenfalls auf dieser Vorstellung: Der Lebensschutz der »Leibesfrucht« hat Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren. Dies darf wegen der Simultanbeseelung auch nicht für eine bestimmte Frist in Frage gestellt werden. Den Tötungsvorwurf, der sich daraus ergibt, haben die meisten Menschen in ihr Bewusstsein übernommen. »Gute Menschen« müssen gegen Abtreibungen sein. Nach Ulrike Busch ist die Basis der heutigen Abtreibungsgegner eine Wiederbelebung der Religion mit einer fundamentalistischen Ausrichtung. Auf individueller Ebene ist der Kampf gegen Abtreibung eine Form, in einer globalen Welt die eigenen Sehnsüchte nach dem »Guten und Wahren« zu befriedigen. Die Abtreibungsgegner greifen moralische Fragen der Zeit auf (Embryonenschutz, PID, Stammzellenforschung) und definieren sie mit ihren Begriffen wie »Lebensschutz« oder »Tötung«. Sie wirken damit erfolgreich in die Politik hinein und beeinflussen gesetzliche Regelungen und die Bewilligung von Geldern für die Forschung. Ein Beispiel dafür ist die europäische Lebensschutzbewegung »Einer von uns«, die verhindern will, dass EU-Gelder für die Forschung mit Embryonen ausgegeben werden. Sie hat sich vehement dagegen eingesetzt, dass es in ganz Europa einen sicheren und legalen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch, eine altersgerechte Sexualekunde und die nicht diskriminierende Thematisierung von Homo- und Intersexualität geben soll. Den Befürwortern werfen sie vor, Abtreibungen, Homosexualität und einen „Sexualerziehungszwang für Kleinstkinder“ zu wollen.

»Märsche für das Leben« in Berlin

Seit 2002 wird der sogenannte »Marsch für das Leben« vom »Bundesverband Lebensrecht« veranstaltet. In diesem Verband haben sich 14 Organisationen zusammengeschlossen, die gegen Schwangerschaftsabbruch, Stammzellenforschung, Präimplantationsdiagnostik und Sterbehilfe sind. *„Der Bundesverband Lebensrecht appelliert an Politik und Gesellschaft, das unbedingte Recht auf Leben als oberstes Menschenrecht und elementare Grundlage unserer rechtsstaatlichen Ordnung zu achten und durchzusetzen. Keine Steuergelder für die Tötung von Menschen. Die weitgehende Finanzierung der*

Abtreibungen durch den Staat sowie die Förderung von Organisationen, die Abtreibungen durchführen ... ist umgehend einzustellen.“ (Bundesverband Lebensrecht: Berliner Erklärung zum Schutz des ungeborenen Lebens) Schwangerschaftsabbrüche sollen ganz verboten werden. Das Leben ungewollt schwangerer Mädchen und Frauen, ihre aktuellen Lebensumstände und ihre Pläne für die Zukunft spielen ab dem Moment der Befruchtung der Eizelle keine Rolle mehr. Sie fallen wohl nicht unter den »Lebensschutz«.

Früher hieß der Marsch »1000 Kreuze für das Leben«, weil der Verband behauptete, dass in Deutschland täglich 1.000 Schwangerschaften abgebrochen wer-



den. 2016 waren es laut Statistischem Bundesamt 270. Der Marsch für das Leben gilt heute als wichtigste öffentliche Aktionsform der AbtreibungsgegnerInnen. Liberale und fundamentalistische Strömungen können hier nebeneinander auf der Bühne stehen und ihre jeweiligen Botschaften verkünden. Während in den letzten Jahren immer etwa 5.000 AbtreibungsgegnerInnen am Marsch in Berlin teilnahmen, waren es 2017 nur noch 3.500, denen etwa 3.000 GegendemonstrantInnen unter anderem vom »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung« gegenüber standen. In diesem Bündnis haben sich Parteien (SPD, Grüne, Linke), viele Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, humanistische und säkulare Gruppen inklusive pro familia zusammengeschlossen.

Die TeilnehmerInnen der Märsche kommen vorwiegend aus christlich-konservativen Kreisen. Sie haben viele Schnittmengen mit Gruppen wie den »Besorgten Eltern«, die gegen eine Sexualpädagogik kämpfen, die mit frühkindlicher Sexualerziehung beginnt, über sexuelle Vielfalt informiert und andere Lebensformen, als die der klassischen Familie, als gleichwertig darstellt. Sie reisen aus ganz Deutschland an. Eine größere Gruppe kommt jedes Jahr aus Polen. Hohe Repräsentanten der katholischen Kirche und Politiker der CDU/CSU und der AfD unterstützen regelmäßig durch Teilnahme oder Grußworte den Marsch.

Nach Auffassung der Historikerin und früheren Bundesvorsitzenden von pro familia Gisela Notz werden in dem Motto »Ja zum Leben – für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie« Sterbehilfe, Euthanasie, Schwangerschaftsabbruch und Mord gleichgesetzt: Dadurch werde das Recht der Frau auf Selbstbestimmung darüber, ob sie ein Kind austragen will oder nicht, mit den NS-Verbrechen gleichgesetzt, die sich aus der Vernichtungsideologie der Nazis speisten.

Familienpolitik der AfD

Familienpolitisch sieht die AfD die traditionelle Familie durch eine »Homolobby« bedroht, die zuviel Einfluss insbesondere auf die Medien habe. Die AfD lehnt die grundsätzliche Thematisierung von Geschlechterfragen und damit jede Form von aktiver Gleichstellungspolitik wie Quoten ab. Beides wird von ihr als »Genderismus« abqualifiziert. Dadurch drohe eine »Umerziehung« der Gesellschaft. Hochschulforschung, Medien und Sprache seien Felder, die wieder normalisiert, das heißt von der vermeintlichen Dominanz der Feministinnen befreit werden müssten.

Es gehört bundesweit zur Politik der AfD als Abtreibungsgegner aufzutreten, auch wenn ein explizites Verbot des Schwangerschaftsabbruchs bisher in ihren Parteiprogrammen nicht gefordert wurde. Es gibt jedoch viele personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen der AfD und radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Seit 2014 beim Wahlkampf in Sachsen ist immer wieder von einer Volksabstimmung zur Verschärfung der Abtreibungsgesetze die Rede. Die AfD will dadurch dem Kindermangel in Deutschland entgegenwirken. Dann bräuchte es keine Immigranten, um die demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen.

Gegen Abtreibungen und gegen Sexuaufklärung?

Deutschland hat weltweit eine der niedrigsten Raten an Teenagerschwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen. Dies ist auf eine Sexuaufklärung zurückzuführen, die sich an der Lebensrealität von

Jugendlichen und Erwachsenen orientiert und sich mit den Themen beschäftigt, die diese im Zusammenhang mit Sexualität und Verhütung tatsächlich interessieren. Diese niedrige Rate ließe sich noch weiter senken, wenn in Deutschland der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln für Menschen mit wenig Geld verbessert würde.

Die Erfahrung aus vielen Jahrhunderten und den unterschiedlichsten Ländern und Kulturen zeigt, dass ein generelles Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen Frauen nicht davon abhält. Es führt dazu, dass Frauen mit den entsprechenden finanziellen Möglichkeiten zu Privatärzten oder in Länder ausweichen, wo dies möglich ist, und die anderen schwere bis lebensgefährliche gesundheitliche Risiken bei unprofessionellen Behandlungen im »Hinterzimmer« eingehen.

Auch eine für die meisten Menschen realitätsfremde Vermittlung sexueller Verhaltensregeln führt nicht zu einer Verringerung der Anzahl von Schwangerschaftsabbrüchen – sondern im Gegenteil zu deren Zunahme. In den USA wurde 1996 das Enthaltensamkeitsprogramm »Abstinence only« zur Vermeidung von Teenagerschwangerschaften und sexuell übertragbaren Infektionen eingeführt. Es beinhaltet, keusch in die Ehe zu gehen und dann treu zu sein. Gleichzeitig wurde jede andere Verhütung außer Enthaltensamkeit als unwirksam dargestellt. Dieses Programm hat zu einem sprunghaften Anstieg von Teenagerschwangerschaften und in deren Folge von Schwangerschaftsabbrüchen geführt.

Es ist daher paradox, gleichzeitig gegen Abtreibungen *und* gegen Sexualpädagogik zu sein. Zumindest wenn man sich an der heutigen Lebensrealität der meisten Menschen und nachweisbaren Zusam-

menhängen zwischen den Zugangsmöglichkeiten zu Informationen und Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen orientiert.

Angriffe und Unterstützung in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz steht im Wahlprogramm 2016 der AfD unter der Überschrift »Familienschutz statt Genderwahn«: *„Die AfD-Rheinland-Pfalz tritt daher gemäß Artikel 2 Grundgesetz für einen umfassenden Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod ein.“* Die AfD lehnt die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensweisen, sexuelle Vielfalt und die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung ab und greift alle Organisationen an, die sich dafür engagieren. Da die pro familia alle diese Ziele vertritt, richten sich die Angriffe der AfD besonders gegen sie.

Dies äußert sich konkret in zahlreichen Anfragen und Anträgen an die Landesregierung mit dem Ziel, die staatliche Förderung der pro familia als anerkannte Schwangerenberatungsstelle in Frage zu stellen. So lange im bundesweiten Schwangerschaftskonfliktgesetz jedoch verankert ist, dass schwangere Frauen wohnortnah zwischen weltanschaulich unterschiedlichen Trägern auswählen können müssen, können nicht nur kirchliche Beratungsstellen gefördert werden. In Rheinland-Pfalz gibt es 68 katholische und evangelische und nur 9 unabhängige pro familia Beratungsstellen.

Im Dezember 2016 bezeichnete der Landesvorsitzende der AfD, Uwe Junge, in der Haushaltsdebatte die pro familia als »Abtreibungsverein«. Dabei macht die Schwangerschaftskonfliktberatung gerade ein-

mal 20 Prozent aller Beratungen bei der pro familia aus und nur ein Teil der Ratsuchenden entscheidet sich nach der Beratung auch für einen Schwangerschaftsabbruch. Alle anderen suchen Unterstützung in schwierigen Lebenssituationen – vor, während und nach einer Schwangerschaft – oder lassen sich über Sexualität und Verhütung beraten, was ebenfalls ausdrücklich im Schwangerschaftskonfliktgesetz vorgesehen ist.

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, die Parteien der regierenden Ampelkoalition, haben die Äußerung Junges in einer gemeinsamen Pressemitteilung als undifferenziert und diffamierend bewertet und ihre Wertschätzung für die ergebnisoffene und nicht bevormundende Beratung der pro familia von Schwangeren und Familien in Notlagen ausgedrückt. Sie sicherten pro familia ihre Solidarität und Unterstützung für ihre vielfältigen Aufgaben zu.



